Preis 100 Mark

Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 2000,—, unter Streifband monatlich M. 2700,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I u. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I. Fernruf 20647. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vormittags.

Leiter: Dietrich Eckart

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 3-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Fr. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Hansabank e. G. m. b. H., München, Herzogspitalstraße 12.

Streifbandbezugsgebühr für Februar im Ausland: Österreich Kr. 10000,-, Ungarn Kr 500,-, Tschechoslowakei K[illegible] [illegible] u. bisherige deutsche Kolonien ¼ sh., Jugoslawien 17 Dinar, [illegible] ¼ /. Verein. Staaten ½ Dollar, Schweiz u. die übrigen [illegible] Staaten 1 Schwz. Franken.

Ausgabe 24 — München (Freitag), den 23. Februar 1923 — 37. Jahrgang

Archiv f. Zeitgeschichte München

Tagesspiegel

Die Nationalsozialisten in Bremen verboten.

Französische Mordtaten.

Tod Delcassés.

Österreichs Verkauf an die Rothschilds.

Einführung der polnischen Währung in Oberschlesien.

Schwarze Franzosen angelangt!

„Maulwürfe!"

Judenterror in Frankfurt.

Jüdische Bankiersgelüste.

Tschechische Truppenzusammenziehungen bei Furth.

Die Pest der jüdischen Viehhändler.

„Der Triumph des Fascismus".

*

Wutzlhofer in Berlin.

Währungselend in Polen.

Dollar 22600.

Schwabenschande

Laut „Schwäbischem Merkur" vom 20. Februar 1923 hat Staatspräsident v. Hieber in der Hauptversammlung der Demokraten über den Franzoseneinbruch und die deutsche Abwehr folgendes gesagt:

„Von der Erhaltung der bis jetzt nicht gestörten Einheitsfront hängt alles ab; unser Abwehrwille muß mit einem Abwehrverstand gepaart sein. Wenn Frankreich Erfolg hat, dann ist das gleichbedeutend mit dem Sieg des Romanismus über das Germanentum. Lauter denn je müssen wir die Revision des Friedensvertrages fordern. In Württemberg haben äußerste Rechte und Linke kein (!) Recht, sich über zu wenig Freiheit zu beklagen. Verdächtige Vereine wurden und werden heute noch im Auge behalten. Die bewußte Verhöhnung der staatlichen Ordnung, die in Göppingen versucht wurde, konnte sich die Regierung nicht gefallen lassen."

*

Diese Worte können als ein neues Zeugnis für das Fehlen jeglichen Verständnisses der Lage Deutschlands gelten. In der Partei der Börsenjuden von Germanentum zu sprechen, zeugt von einer — gelinde ausgedrückt — Ahnungslosigkeit, die schwer zu übertreffen ist. Sie wird aber noch durch die nachfolgenden Bemerkungen übertrumpft. Ganz kalt wird festgestellt, daß eine Partei, welche sich die Zerstörung eines deutschen Staates überhaupt zum Grundsatz gemacht hat, welche überhaupt den Begriff „deutsches Volk" nicht kennt, die gleichen Rechte genieße wie nationale Parteien! Und das nennt ein „Staatsoberhaupt" — — nationale Einheitsfront!

Es kommt aber noch besser. In Göppingen wurden Nationalsozialisten von Kommunisten auf offener Straße beschossen, bloß weil sie zu ihrer Versammlung gingen. Das war allerdings eine „bewußte Verhöhnung der staatlichen Ordnung". Das württembergische hochwohllöbliche Ministerium aber fand das Vorgehen der Kommunisten ganz in der Ordnung, denn nicht die bolschewistische Partei wurde ausgehoben, sondern scharfe Unterdrückungen der — Nationalsozialisten setzten ein. Famose „gleiche Rechte"!

Das ist der Herr v. Hieber, vom König geadelt, früher von Königstreue und Nationalbewußtsein nur so triefend! Charaktere hat sich die Demokratie gewählt, wohl, aber welche . . .

Weiße Negerherrschaft

Neuer Mord

tu. **Frankfurt a. M.**, 22. Febr. Gestern früh ereignete sich auf der Bahnstrecke Höchst—Nied eine neue Bluttat. Die in Nied aussteigenden Fahrgäste passierten den Fahrdamm, als sich vor ihnen ein Marokkaner befand. Als der erste der Reisenden, ein 60 Jahre alter Herr, an dem Soldaten vorbeigehen wollte, hieb dieser ohne jede Veranlassung den alten Herrn mit dem Gewehrkolben über den Kopf, so daß er blutüberströmt zusammenbrach und die Böschung hinunterrollte, wo ihm andere Reisende zu Hilfe kamen.

Französische Brutalität

tu. **Essen**, 22. Febr. Bürgermeister Schäfer und Syndikus Dr. Guyenz sind in Bredeney in einem Keller untergebracht, die 18 Kubikmeter Ausmaß haben. Die Mindestmaße der Zellen für Zuchthäusler betragen in Deutschland 27 Kubikmeter. Eine Delegation vom Deutschen Roten Kreuz wurde trotz mehrmaliger Vorstellungen bei dem General Fournier nicht zu einem Besuch bei den Gefangenen zugelassen.

Französische Einbrecher

tu. **Essen**, 22. Febr. Gestern nachmittag gegen vier Uhr wurde das Bureaumöbelbedarfsgeschäft Tetesen in der Rüttenscheider Straße von den Franzosen umstellt und der Inhaber mit Waffengewalt in eine Ecke seines Ladens gedrängt. Nachdem die Franzosen schon vorgestern Schreibbedarf und Bureaumöbel beschlagnahmt hatten, versuchten sie gestern einen Geldschrank mitzunehmen.

Diebereien

tu. **Essen**, 22. Febr. In der vergangenen Nacht wurden verschiedene Überfälle in der Altstadt ausgeführt, ohne daß die Täter gefaßt werden konnten. Die Besetzung des hiesigen Polizeipräsidiums dauert an. Die französischen Soldaten haben dort in der üblichen Weise gehaust. Waren, die von der Wucherpolizei beschlagnahmt worden waren, wurden gestohlen und der Erlös verpraßt. Die Kleider der Beamten wurden ebenfalls gestohlen, und was für die Besatzung wert os war, wurde verbrannt. Vierzig Polizeipferde, teilweise sehr gutes Material, wurden von der Besatzung beschlagnahmt.

„Siegesbericht"

tu. **Paris**, 22. Febr. Die Interalliierte Rheinlandskommission veröffentlicht folgenden Siegesbericht:

Vom 14. bis 19. Februar wurden im Rheinland 123 neue Ausweisungen vollzogen, darunter fünf Bürgermeister, fünf andere Beamte, 32 Eisenbahner, neun Lehrpersonen, zwölf Zollbeamte, acht Polizeibeamte, fünf Postbeamte. Im ganzen wurden aus dem Rheinland bis jetzt 467 Personen ausgewiesen.

Ausweisungen

tu. **Duisburg**, 22. Febr. Die Bürgermeister Heynen und Gräßner aus den linksrheinischen Orten Friemersheim und Hochemmerich sind ausgewiesen worden. Am 19. Februar wurde der Obertelegraphensekretär Weizmann vom Telegraphenamt Duisburg verhaftet, weil er als Vorsitzender des Beamtenausschusses einen Protest an den französischen General unterschrieben hatte. Aus demselben Grunde wurde am 20. Februar die Telegraphenbeamtin, Fräulein Pütt vom Telegraphenamt Duisburg-Meiderich verhaftet.

Die Schwarzen im Ruhrgebiet

tu. **Essen, 22. Febr. Das 107. französische Kolonialregiment ist im Ruhrgebiet eingetroffen. Es verteilt sich in der Stärke von je einem Bataillon auf die Städte Velbert, Kupferdreh und Werden. Das Regiment setzt sich zum größten Teil aus Schwarzen zusammen.**

Das Bochumer Land- und Amtsgericht besetzt

tu. **Bochum**, 22. Febr. Heute vormittag besetzten die Franzosen neuerdings das Land- und Amtsgericht. Ein Mädchen, das an dem Posten zu nahe vorübergegangen war, wurde von diesem mit dem Gewehrkolben in rohester Weise zurückgestoßen. Aus der Menge erschollen Pfuirufe. Hierauf schossen die Posten in die Menge, wobei ein Arbeiter getötet und zwei verwundet wurden. Einer der verwundeten Männer ist aus Straßburg gebürtig, also ein Elsässer.

Die Diebsfahrt nach Bochum

tu. **Essen**, 22. Febr. Die Besetzung der Eisenbahnstrecke Weitmar—Bochum stellt sich jetzt als gemeiner Raubzug heraus. Die Franzosen sind mit einer Beute von 28 Lokomotiven, 100 mit Kohlen beladenen Wagen, einigen leeren Güterwagen, einigen Personenwagen und zwei Schlafwagen wieder abgezogen. Weitmar ist inzwischen wieder geräumt worden.

Unter der weißen Negerherrschaft

(Von unserm Mitarbeiter in Zweibrücken.)

Eines Mittags wurde der Befehl der sogenannten „Hohen Kommission" bekannt, daß das kleine Gefängnis sofort zu räumen sei. Die deutsche Polizeibehörde weigerte sich und gab als Grund an, daß die Beamten teils im Innendienst, teils auf Patrouille seien und die übrigen Ruhezeit hätten. Der erste Staatsanwalt erklärte ferner, daß die Gefangenen außerdem im großen Gefängnis wegen Überfüllung nicht untergebracht werden könnten. Am Nachmittag räumten die Franzosen bzw. die Marokkaner selbst das kleine Gefängnis, brachten die Gefangenen in das große Gefängnis und setzten einen großen Teil, der nicht untergebracht werden konnte, auf freien Fuß. Das kleine Gefängnis sollte bald neue Opfer der brutalen Willkür der Franzosen aufnehmen. Etwa dreißig Schupo-Beamte aus dem Ruhrgebiet, links und rechts von Marokkanern mit aufgepflanztem Seitengewehr vorwärtsgetrieben, wurden eingeliefert. Die deutschen Schutzleute werden noch vor ein französisches Kriegsgericht gestellt.

Das sonst trotz der Besatzung noch einigermaßen friedliche Straßenbild von Zweibrücken hat sich seit etwa 14 Tagen wesentlich verändert. Bis an die Zähne bewaffnete Patrouillen ziehen durch die Straßen und schikanieren die Bewohner durch das Untersuchen der Ausweise. Jedes Fuhrwerk wird angehalten und untersucht, besonders auf den Landstraßen, die in die Stadt hineinführen. Dabei gehen die Patrouillen äußerst fahrlässig vor. Ein Beispiel davon: Auf einem Spaziergang in die Umgebung von Zweibrücken taucht plötzlich vor mir eine Radfahrerpatrouille auf. Ich bleibe in einiger Entfernung stehen und sehe deutlich, wie der französische Offizier für einen herannahenden Postwagen für die Untersuchung seine Befehle austeilt. Ein Marokkaner stellt sich in den Straßengraben und hält das Gewehr schußbereit an der Schulter. Etwa zehn Schritte vor der Patrouille winkt der Offizier äußerst schwach zum Halten. Erst in letzter Minute gelingt es dem Postbeamten, die Pferde zum Stehen zu bringen. Nicht viel hätte gefehlt, so hätte der Wagenführer erschossen werden müssen. Der Wagen wird ohne jede Ordnung durchstöbert, kann erst nach geraumer Zeit weiterfahren und wird dann noch zweimal in der Stadt durchsucht, ehe er auf der Hauptpost anlangt.

Ein weiterer, brutale Maßnahmen nach sich ziehender Fall ereignete sich dadurch, daß ein Schüler, der abends um eine Straßenecke bog, die von einer Patrouille zusammengestellten Gewehre anrempelte und deshalb von den Marokkanern mit den Gewehrkolben traktiert und dann in einen kleinen Raum eingesperrt wurde, in dem er die Nacht stehend zubringen mußte. Am anderen Vormittag wurde er, halb erfroren, gegen halb 10 Uhr entlassen. Er eilte zu seinem Schulrektor, der diesen Vorfall sofort mündlich dem Ortsdelegierten zur Aufklärung vortrug. Die Antwort ist, daß er sofort rechtsrheinisch geschafft wird. Der Stellvertreter des Rektors Offenmüller, Dr. Bell, eilt darauf zum Delegierten; ihn ereilt dasselbe Schicksal.

Geradezu lächerliche Bekanntmachungen, die auf den französischen Polizeistuben zusammengebraut werden, sind an den Litfaßsäulen zu lesen, allerdings nicht lange: sie werden abgerissen. Einige Beispiele sprechen für sich: Mehr als fünf Personen dürfen auf der Straße nicht zusammenstehen. Wird in einer Gastwirtschaft im Laufe der Unterhaltung unter den Gästen ein Wort gewechselt, das irgendwie mit Politik in Zusammenhang gebracht werden kann, so gilt das als politische Versammlung, und die Teilnehmer werden sofort verhaftet. So hat der Spitzel Arnold, ein Deutscher, der als französischer Dolmetscher sein Verräterleben gewiß nicht mehr lange führen wird, kürzlich in einer Weinstube wahllos einige Gäste den Franzosen genannt, die inzwischen eine Ladung erhalten haben, wonach sie sich am 21. d. M. in Kaiserslautern einem hochnotpeinlichen Verhör vor dem Kriegsgericht unterziehen müssen. Besonders scharf werden hierbei die Nationalsozialisten beobachtet, da diese von den Franzosen wegen ihrer Geschlossenheit und ihrer waghalsigen Tapferkeit mehr als gefürchtet werden.

Es gibt noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle, die sich jetzt nach den tollen Maßnahmen, welche von den französischen Polizeistuben wie in sinnloser Wut in Anbetracht der bis jetzt völlig ergebnislosen Ruhrpolitik losgelassen zu werden scheinen, ereignet haben und nur dazu beitragen, die Bevölkerung noch mehr aufzureizen. Aus der Aufreizung heraus hört man täglich laut die Worte, daß eines Tages und bald die Stunde kommt, wo die ganze vermischte und verfluchte Besatzungsbande hinausgeworfen wird. Am erhebendsten von allen Beispielen deutscher Treue und Ausharrung war in der Pfalz ein Abend in der vorigen Woche, als im Arbeiterzug aus dem Saargebiet auf der Strecke von Zweibrücken nach Biebermühle das Deutschlandlied „Die Wacht am Rhein" gesungen wurde. Auf jedem Bahnhof sind die Besatzungswachen vor diesen brausenden Gesängen in ihrer Heidenangst ausgerissen.

Hinter der Ruhrfront aber verraten unsere „Arbeiterführer" unsere kämpfenden Brüder tagtäglich. Will Deutschland sich nochmals von hinten erdolchen lassen?

Englische Windungen

tu. **Rotterdam**, 22. Febr. Aus London wird gemeldet: Bonar Law hat gestern im Unterhaus erklärt, die englische Regierung habe mit der französischen Regierung eine neue Regelung der Grenzen im besetzten Gebiet getroffen. Die englische Regierung habe einfach an Frankreich einen Teil des Gebietes übertragen, der nominell den Engländern unterstand, in dem sich jedoch niemals britische Truppen befunden hätten. Nach der Auffassung Bonar Laws enthalte der Versailler Vertrag keinerlei Einschränkungen über die Besetzungen, sondern sehe einfach die Besetzung des Gebietes durch die Verbündeten vor.

Delcassé gestorben

tu. **Nizza**, 22. Febr. Der frühere französische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Delcassé, ist plötzlich gestorben.

*

Mit Delcassé ist ein Mann ins Grab gestiegen, den man mit zu einem der Anstifter der Einkreisungspolitik bezeichnen muß. Delcassé ist es gewesen, der zusammen mit Br. Eduard VII. seine Pläne gegen Deutschland schmiedete, ja der Anklang bis an den Wiener Hof hatte. Es war nur etlichen Indiskretionen zu verdanken, daß das französisch-jüdisch-tschechische freimaurerische Spiel nicht vollendet werden konnte. Aber es hörte nicht auf, zu wirken. Die Tätigkeit der Kramarsch und Genossen kennt heute jeder Deutsche.

1902 fand eine Annäherung Italiens an Frankreich statt. Sie wurde Viktor Emanuel als Notwendigkeit dargestellt und vermittelt durch den italienischen Ministerpräsidenten Br. Zanardelli, den franz. Botschafter in Rom, Br. Barrière und Br. Delcassé, der dann triumphierend in der franz. Kammer verkündete, Italien werde Frankreich nie angreifen . . .

Hinter allen diesen und andern Machenschaften stand der Außenminister Frankreichs, Delcassé. Mit ihm verschwindet einer der raffiniertesten Intriganten von der Weltbühne.

Einführung polnischer Währung in Oberschlesien

tu. **Warschau**, 22. Febr. Polen führt am 1. März die Polenmarkwährung in Oberschlesien neben der deutschen Mark ein. Der Kurs soll alltäglich nach der Warschauer und Danziger Börse bestimmt werden. Die gänzliche Aufhebung der deutschen Währung geschieht vertraglich ab 1. November. Inzwischen sollen wegen der Einführung der Polenmark im Bahn- und Postverkehr Verhandlungen mit Berlin stattfinden.

Letzte Gegenvorschläge der Nationalversammlung von Angora

tu. **Paris, 22. Febr. Die türkische Presse erklärt, daß die Nationalversammlung den Alliierten Gegenvorschläge vorlegen wird, von deren Annahme oder Ablehnung der Frieden abhängen werde.**

Oesterreichs Verkauf an die Rothschilds

tu. **Wien, 22. Febr. Der Abschluß der österreichischen Anleiheverhandlungen in London dürfte noch im Laufe dieser Woche erfolgen. An der Begebung der Anleihe wird sich das Londoner Haus Rothschild und die Londoner Firma Morgan beteiligen. Der Zinsfuß wird durchschnittlich acht Prozent betragen.**

*

Durch diese Anleihe hat sich das betrogene Volk Österreichs in vollkommene Zinsknechtschaft Alljudaans begeben. Unsere deutschen Brüder dürfen jetzt fronen, um die Zinsen für die Börsenjuden zu zahlen und können froh sein, wenn sie etwas trockenes Brot und paar Theaterspiele erhalten. Das konsequente Ende der glorreichen Revolution, das auch uns bevorsteht, wenn der Nationalsozialismus nicht siegend über Deutschland hinwegzieht und durch den ganzen Weltbetrug einen dicken Strich zieht.

Fürs erste stehen die „nationalen" Führer noch alle in der Einheitsfront mit denselben Börsenbanditen.

Jüdische Bankiersgelüste

tu. **Amsterdam**, 22. Febr. Aus London wird gemeldet: Der amerikanische Bankier Charles Schwab hat in einer Unterredung mit amerikanischen Pressekorrespondenten erklärt: Ich spreche als Geschäftsmann und nicht als Diplomat, wenn ich die Meinung ausdrücke, daß eine zufriedenstellende Lösung der Ruhrkrise und anderer Fragen, die aus dem Reparationsstreit entstehen, dadurch erreicht werden könnte, daß die Regierung eine Kommission von führenden Leuten des Wirtschaftslebens ernennt, die die Verhältnisse Deutschlands prüft und feststellt, was Deutschland zu zahlen in der Lage ist. Diese Kom-

mission sollte in Berlin ihren Sitz haben, um die Besteuerung, das Staatsbudget und ähnliche Finanzmaßnahmen zu überwachen. Ich glaube, daß dann Deutschland auf dem Geldmarkt eine Goldanleihe aufnehmen könnte, durch die die Entschädigungen garantiert werden könnten. Schwab betonte jedoch, die Beteiligung der Vereinigten Staaten würde dabei unbedingt notwendig sein.

*

Das ist deutlich! Die Bankiers halten, scheint es, die Aktion genügend vorgeschritten, um den Rahm abzuschöpfen. Wie während des Weltkriegs.

„Deutsches" Reich

Verbot der Nationalsozialisten

tu. Bremen, 23. Febr. Der Senat hat die Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Staatsgebiet von Bremen verboten und ihre hier bestehenden Ortsgruppen auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

*

Es gab einmal ein stolzes Bremen. Das war, als die Hansakoggen über weite Meere segelten, als die Flagge unter unternehmender Seeherren sogar tief nach Rußland drangen, als unter ihnen englische Könige gefangen heimgeführt wurden. Zu Hause aber herrschte ein eiserner Charakter voll Stolz und Selbstbewußtsein und — trotz vielen Mängeln — ein sozialer Bürgersinn. Damals war auch Bremen ein aristokratisch-nationalsozialistischer Staat. Heute regiert dort inmitten der Zeugen einer großen deutschen Vergangenheit der — Demokrat, an Stelle des erobernden Kaufmanns — der Krämer, an Stelle deutschen Charakters — jüdische Verseuchung.

Mit diesem Verbot hat Bremen sich dem antideutschen Judenbabel an der Spree angeschlossen. „Zum Schutz der Republik", zum Schutze **dieser** Republik, Hanseaten. Pfui Teufel!

Judenterror in Frankfurt

Der für Donnerstag, den 22. Februar, in Frankfurt a. M. angesetzte Vaterländische Abend des Deutschnationalen Jugendbundes, an dem Oberst v. Xylander über die „Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit" sprechen sollte, ist vom Polizeipräsidenten auf Grund des § 10 II 17 des preußischen allgemeinen Landrechts von 1794 aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten worden. Schon tagelang hatte die marxistische Presse gegen den Vortrag gehetzt und gedroht, mit allen Mitteln die Versammlung verhindern zu wollen. Anstatt der deutschen Jugend den verfassungsmäßigen Schutz zu gewähren, ist der marxistische Polizeipräsident den Weisungen seiner Partei gefolgt und hat die Veranstaltung verboten. Infolge des unerträglichen jüdisch-marxistischen Terrors und des parteilichen Verhaltens des Polizeipräsidenten, der in den letzten Wochen jede völkische und nationale Versammlung verboten hat, hat sich der gesamten deutsch denkenden Bevölkerung eine ungeheuere Erregung bemächtigt.

Besuch des Reichskanzlers in Süddeutschland

tu. Karlsruhe, 22. Febr. Wie verlautet, wird Reichskanzler Dr. Cuno wahrscheinlich in der letzten Februarwoche seine Besuchsreise nach Süddeutschland unternehmen. Er wird zunächst in München bei der bayerischen Regierung vorsprechen und dann auf der Rückreise nach Berlin Stuttgart und Karlsruhe passieren.

Strafantrag wegen Preistreiberei

tu. Frankfurt a. M., 22. Febr. In einem Prozeß vor dem Schöffengericht wegen Preistreiberei im Buchhandel teilte die Staatsanwaltschaft mit, daß sie gegen den Börsenverein Deutscher Buchhändler in Leipzig Strafantrag wegen Preistreiberei gestellt habe, und zwar wegen der Bücherpreise auf Grund eines Grundpreises und der von ihm festgesetzten Schlüsselzahl.

Verbot der Steuerzahlung an Frankreich und Belgien

tu. Berlin, 22. Febr. Die Reichsregierung veröffentlicht folgenden Erlaß:

Frankreich und Belgien versuchen im altbesetzten Gebiet, wie in den Einbruchsgebieten klarem Recht zuwider, durch gewaltsame Zugriffe deutsche Steuereinnahmen an sich zu reißen. Zu diesem Zweck besetzten sie die Kassen der deutschen Zollämter, entfernten die deutschen Beamten aus ihren Arbeitsräumen und forderten Steuerzahlung. Die Kassen, die sich in fremder Gewalt Gewalt befinden, sind nicht mehr Dienststellen des Reiches. Solche Steuern können aber rechtswirksam an das Reich gezahlt werden und es ist verboten, sie an Frankreich oder Belgien zu zahlen. Die Zahlung an Frankreich oder Belgien befreit die Steuerpflichtigen von Steuerschuld nicht. Wer nicht die Gewaltakte der Einbruchsmächte seiner vaterländischen und seiner Rechtspflicht entgegen unterstützen, und wer sich selbst von doppelter Inanspruchnahme bewahren will, muß daher seine fälligen Zahlungen an Kassen des Reiches leisten.

„Deutscher" Reichstag

tu. Berlin, 21. Febr. Am „Regierungs"tisch: Innenminister Dr. Oeser. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Anfrage des Abg. Dr. Cromer (Deutsche Volksp.) betr. das Verhalten thüringischer Behörden gegenüber Verbindungsstudenten in Jena. Er fragt an, ob die bürgerliche Gleichberechtigung nicht auch den Jenaer Verbindungsstudenten zuteil werden soll. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß ein Bericht der thüringischen Regierung noch nicht vorliege.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltes wird beim Reichsgesundheitsamt fortgesetzt.

Abg. Streiter (Deutsche Volksp.) greift zurück auf die erschütternden Zahlen, die der Präsident des Reichsgesundheitsamtes mitgeteilt habe. Hier drohe das Untergehen eines Kulturvolkes im Herzen Europas. Ähnliches finde man nur im grauen Altertum, wenn man an Ninive und Babilon denke. In München waren bei einer Untersuchung 63% der Schulkinder verlaust. Hunderttausende gehen an Erkältungskrankheiten und Unterernährung zugrunde.

Abg. Moses (Soz.) wünscht einen jährlichen Bericht über den Stand der Volksgesundheit.

Geheimrat Lange teilt mit, daß das Tuberkulose-Gesetz fertig sei. Man warte nur noch eine Einigung der Länder über die Kosten ab. Auch ein Apotheker-Gesetz stehe in Beratung.

Abg. Brüninghaus (Deutsche Volksp.) empfiehlt eine Entschließung, in welcher die Reichsregierung aufgefordert wird, die Einrichtungen der sächsischen Landespolizei zu kontrollieren. Die Beamten sollen immer mehr politisiert werden, und wer sich nicht fügt, wird drangsaliert. Dagegen müssen die bürgerlichen Parteien aufs energischste protestieren. Die Schutzpolizei soll zur Schutztruppe des Proletariats gemacht werden. Die sächsischen Bergarbeiter haben fast durchwegs Überschichten anläßlich der Besetzung des Ruhrgebiets abgelehnt. Sie sind allen ihren Brüdern an der Ruhr in den Rücken gefallen. Der Redner spricht den Schupobeamten des Ruhrgebietes seine Anerkennung aus.

Abg. Eichhorn (Kommunist) bestreitet den unpolitischen Charakter der Schutzpolizei. Diese diene nur der Bekämpfung der Arbeiter. Die sächsische Polizei entspreche durchaus den Bedürfnissen des Landes.

Ab. Meier, Zwickau (Soz.) verteidigt die sächsischen Regierungsmaßnahmen. Das Überschichtabkommen sei nicht allgemein abgelehnt worden. In Sachsen seien von den 68 höheren Beamten nur 5 Sozialdemokraten.

Reichskommissar Künzer teilt mit, daß es Regierungskommissare nur in Preußen und in Sachsen gibt. Die Länder Mecklenburg-Schwerin, Württemberg, Bremen und Lübeck haben sie aber für zulässig erklärt. Ein weiterer Abbau der Schupo sei nicht möglich, wenn nicht unser innerpolitischer Zustand dem Ruin zugeführt werden soll. Der Redner sagt der Schupo im Ruhrrevier namens der Reichsregierung auch berechtigten und herzlichen Dank.

Um 6¼ Uhr beantragt der Abg. Höllein (Kommunist) die Vertagung und bezweifelt vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Präsidium muß feststellen, daß das Haus nicht beschlußfähig ist.

Die Sitzung wurde abgebrochen und die Weiterberatung auf Donnerstag, 2 Uhr, anberaumt.

Schluß 6¼ Uhr.

*

Das alte Gewäsch geht also unverändert weiter. Wir bitten zu entschuldigen, daß wir ihm so viel Raum einräumen, aber es muß sich schließlich jeder durch den Augenschein überzeugen, welche Typen über ihn zu bestimmen haben.

Maulwürfe

Inmitten blutigster schwarzer und weißer Niggerherrschaft sind die Hebräer mitten in der Einheitsfront schon wieder auf der Suche nach dem „andern Frankreich". Ganz wie im Kriege.

Da sitzt z. B. der Korrespondent des „Berl. Tagebl." ungehindert in Paris und kann anstandslos — **unter Namensnennung** — Leitartikel über Frankreich schreiben. Dasselbe „Berl. Tagebl.", welche die verleumderische „Anfrage" stellte, ob die Nationalsozialisten nicht französisches Geld erhielten, steht also so gut in Paris angeschrieben, daß seinem Vertreter nichts passiert. Man stelle sich bloß vor, daß einer der führenden Nationalsozialisten in Paris als Korrespondent des „Völk. Beob." säße!

Und der Hebräer Paul Block hat erfaßt, was man braucht, um in Deutschland wieder honigsüße Haschischträume hervorzuzaubern. Unterm Titel „Der Wendepunkt" schreibt er (Nr. 85):

„Diese Wandlung bereitet sich langsam im Volke vor und sie wird von einer kleinen Gruppe politischer Persönlichkeiten beobachtet, die sich vorläufig ganz zurückhält und auf ihre Stunde wartet. Ein halbes Dutzend von Männern, die keine Kommunisten und keine abgestempelten Freunde Deutschlands sind. Aber Männer, die ein Unglück für Frankreich nahen sehen, weil sie einen Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge haben, durch welche die Völker Europas unlösbar miteinander verbunden werden."

Zum Schluß zieht Herr Block aus seinen Beobachtungen über die Stimmung in Frankreich folgende Konsequenzen für Deutschland:

„Durch keine Provokation dürfen wir Deutschen uns zu Gewalttaten verleiten lassen, die uns die Meinung der Welt entfremden können. Brutalität und Unrecht müssen auf der anderen Seite bleiben. Zum zweiten: Die Arbeiter der Ruhr haben sich um Deutschlands Ansehen ein Verdienst erworben, das niemals vergessen werden darf. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie es die Not geschaffen hat, muß die Tage der Not überdauern. Die Versuche der französischen Presse, den Keil zwischen Bürger und Arbeiter Deutschlands zu schieben, müssen verhindert werden. Zum dritten: Wenn es auch selbstverständlich nicht möglich ist, daß Deutschland um Verhandlungen ersucht, solange deutsches Land widerrechtlich besetzt ist, wir dürfen keine Vermittlung dritter Mächte zurückweisen, wenn sie ehrlich gemeint ist."

Ein „halbes Dutzend" Männer „warten auf die Stunde". Willst du noch mehr Hohn, deutscher Michel! Verdient hast du ihn reichlich!

Der „Vorwärts" jauchzt dazu auch auf, aber nur wie er ausdrücklich sagt, „insbesondere für die dritte Schlußfolgerung". Maulwürfe — wie früher.

Jude bleibt Jude

Rasse bleibt Rasse und läßt sich nicht verleugnen oder mit Taufe ändern. Sie hat mit Religion gar nichts zu tun. Wenn wir z. B. darauf hinweisen, daß es doch ein höchst merkwürdiger Zustand sei, daß höchste christliche Kirchenwürden ein Jude erlangen kann, wie z. B. der Erzbischof Kohn, seinerzeit in Olmütz, dann werden kirchliche Kreise höchst ungehalten. Heute können wir mit einem **jüdischen** Bischof dienen, der so freundlich war, das Einkommen von den Christgläubigen anzunehmen und es nachher seinen jüdischen Verwandten zu vererben. Die Meldung lautet:

„**Die jüdischen Erben des amerikanischen Bischofs.** Wie der Prager Korrespondent des J. C. B. aus verläßlicher Quelle erfährt, beruht die Nachricht über das Erbe des amerikanischen Bischofs Horowitz, eines getauften Juden, das seinen jüdischen Verwandten in Kauschau zufiel, auf Wahrheit. Das tschechische Konsulat wurde bereits vom Außenministerium, nachdem die Erben auf Grund des Testaments als legitimiert festgestellt waren, beauftragt, die große Verlassenschaft, die sich inzwischen durch Zinsen vervielfacht hat, für diese Erben einzutreiben."

Wir stellen fest, daß diese Meldung der jüdischen Zeitung „Selbstwehr" (Prag) vom 10. Februar 1923 entnommen ist. Wir haben es hier wieder einmal mit dem bekannten Fall zu tun, daß das Judentum selbst höchste kirchliche Würden und Ämter anstrebt und nachher auch diese Würden **seinen Zwecken dienstbar** macht. Das alles ist nur möglich, weil die Kirchen — sowohl die katholische wie auch die evangelische — die Juden nicht als Rasse, sondern als Religionsgemeinschaft einschätzen. Die Juden sind aber nicht Religionsgemeinschaft, sondern eine fremde Rasse, genau so wie die Neger, Chinesen oder Indianer. Die Folgen der Irrmeinung der Kirchen sehen wir an diesem Beispiel wie auch dem Beispiel, daß vielfach **getaufte Juden** auch die **politischen Führer der Christlichsozialen** sind. Eine Partei aber, die getaufte Juden aufnimmt, und sie selbst zu Führern erwählt, ist keine antisemitische Partei, sondern hat den Antisemitismus nur zum Wählerfang.

Zeichen der Zeit

Der fromme „Rottaler Bote" findet es für nötig (Nr. 36) eine Notiz zu bringen, wonach gar nicht wir das Verdienst hätten, daß der Romeo-Schuhskandal ans Tageslicht gekommen war. Es sei schon früher Anzeige erstattet worden. O ja, es wurde sogar paar Jahre früher schon Anzeigen gemacht, aber ohne Erfolg. Die Unterlagen jedoch, die wir lieferten, weckten schließlich München aus dem Schlummer und ermöglichten es dem Wucheramt **alle vorhandenen Widerstände** — deren es viele gab — zu überwinden. Die „Frommen" Brüder am Werke Hand in Hand mit den Juden und Marxisten. Der Segen Jehovahs über sie!

*

Am Montag, den 12. Februar 1923, sind vom Polizeipräsidium zu Frankfurt a. M. an die Mitglieder des „Republikanischen Führer-Bundes" **Gummiknüppel** verteilt worden. Zu welchem Zweck und mit welcher Berechtigung? Der Polizeisekretär und Freund des Polizeipräsidenten, der Marxist **Hickler**, ist Vorsitzender dieses Führerbundes!

*

Trotzky hat sich von seiner jüdischen Frau geschieden und eine Russin „geheiratet". Das ist überaus merkwürdig: Leiba Braunstein scheint Anschluß beim Volk zu suchen.

*

Es gibt in der Welt einen einzigen Weg, auf welchem niemand gehen kann außer dir: Wohin er führt? Frage nicht, gehe ihn! Nietzsche.

Der Entwicklungsgedanke in der gegenwärtigen Natur- und Geisteswissenschaft

Die Zusammenarbeit eines Zoologen und Theologen kann Anlaß zu den merkwürdigsten Vorstellungen geben. Liegt hier ein Rückfall in jene mittelalterliche Grenzüberschreitung der Theologie vor, bei der sich diese in alle Wissenschaften einmengte und auch Bücher über „heilige Tiere" schrieb? Oder haben wir es umgekehrt mit dem Übergriff eines Zoologen nach dem Vorbilde Häckels zu tun, der alle Welträtsel lösen will?

Nichts von alledem finden wir in dem Buche: **Der Entwicklungsgedanke in der gegenwärtigen Natur- und Geisteswissenschaft.** Ein Ring gemeinverständlicher Vorlesungen für Hörer aller Abteilungen, gehalten an der Erlanger Universität von Professor Dr. A. **Fleischmann** und Prof. Dr. R. **Grützmacher**. 1922. 189 S. Preis 4,20 M. A. **Deichertsche** Verlagsbuchhdlg. Dr. Werner Scholl, Leipzig, Königstr. 25. Der Natur- wie der Geisteswissenschaftler bleibt streng im Rahmen seiner Fachwissenschaft; beide einigt nur das gleiche kritische Verfahren, welches sich streng an die gegebene Wirklichkeit hält und jeden auf seinem Gebiete zu scharfen Einwänden gegen den Entwicklungsgedanken nötigt. Dabei gelangen beide Gelehrte unwillkürlich und unverabredet auch in ihrer eigenen Auffassung der Natur- und Geisteswelt zu ähnlichen Ergebnissen.

Prof. A. Fleischmann führt einleitend den geschichtlichen Nachweis, daß der Entwicklungsgedanke ein aus der Philosophie übertragener Fremdling auf dem Gebiete der Tierkunde ist, der durch Darwin ein neues Scheinbürgerrecht gewonnen hatte. Aber heute ist er unhaltbar; denn seitdem sind neue Wissenszweige aufgekommen (Biometrie, Variationsstatistik, Mendelismus oder Erbforschung), andere haben sich in unerwarteter Großartigkeit entfaltet (Anatomie der Lage, des zeitigen Körpergefüges und des Körperbaues der ersten Lebenstage) und die anatomische, gewebliche, zellige, entwicklungsgeschichtliche Durchforschung der ganzen Tierwelt hat viele Ansichten, welche um das Jahr 1859 sicher schienen, als falsch nachgewiesen. In der Kritik A. Fleischmanns zerstiebt der schöne Schein, als sei das Verzeichnis der lebenden und ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten einem riesigen Baume des Lebens vergleichbar. Er legt nüchtern das einfache Verfahren dar, wie die Ordnung der ungeheuren Artmengen durchgeführt wird, und zeigt, daß die Sammelliste (System) der bekannten Arten weder das Geheimnis der Abstammung noch der Stammelternpaare ihrer Gruppenbegriffe enthält. Auch darf man heute den Körper der Tiere nicht, wie Darwin wollte, als ein Mosaikwerk geschichtlich nacheinander erworbener, anfangs unbedeutender, erst in der Reihe der Nachkommen vergrößerter, vorteilhafter Abänderungen betrachten, noch zum Beweise auf die Abstufungen des Körperbaues hinweisen, weil nunmehr die Anatomie der Lage oder des untrennbaren Zusammenhanges herrscht und das alte, aus dem 18. Jahrhundert stammende Verfahren der Abstufung verdrängt hat. Die gegenseitige Bindung aller Eigenschaften eines Tieres, der Tätigkeit und Form seiner Teile läßt die allmähliche Erfindung dieses verwickelten Zusammenhanges undenkbar erscheinen. Zum Schlusse wendet sich A. Fleischmann der Schöpfung der Gegenwart zu, um die gewaltigen Fortschritte der zu Darwins Zeiten in den Kinderschuhen steckenden Wissenschaft der Eientwicklung zu rühmen und zu zeigen, daß gegenüber ihren Ergebnissen die Darwin-Haeckelschen Wahngebilde verschwinden müssen.

Professor R. Grützmacher gibt zunächst in großen Zügen einen Überblick über die Herkunft des Entwicklungsgedankens und bestimmt dann scharf seine grundlegenden Merkmale. Er prüft darauf seine Anwendbarkeit auf die Gebiete der Universalgeschichte, der Kulturgeschichte Europas, der Geschichte des sittlichen Lebens und seiner Ideale, der allgemeinen Religionsgeschichte und der Christentumsgeschichte. Eine Fülle von Stoff breitet sich vor dem Leser aus, die der Verfasser unter dem Gesichtspunkt seines Themas wirklich geistig durchdringt. Er läßt den Entwicklungsgedanken dort gelten, wo er der Wirklichkeit entspricht, verwirft ihn aber ebenso bestimmt als „moderne Mythologie", wo er die Erfahrung künstlich umgestaltet und zu einem Mischgebilde aus strenger Wissenschaft und gefährlicher Phantasie geworden ist. An seine Stelle treten selbständige Gedanken über den Aufbau der Geisteswelt und ihrer geschichtlichen Bewegung.

Wer eine begründete Stellungnahme zu dem Grunddogma der modernen Zeit, dem Entwicklungsgedanken, gewinnen will, findet in diesen, auch in der Form recht anziehenden Vorlesungen eine vortreffliche Anleitung.

Lehrfilmvorführung der Arbeitsgemeinschaft Bayer. Landesstelle für gemeinnützige Kunstpflege, G. m. b. H., und Bayer. Lichtbildstelle, München, Prinzregententheater, am Sonntag, den 25. Februar 1923, um 11 Uhr vorm. **Programm: Reginalichtspiele,** Kaufingerstraße: 1. Die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau (von Belgrad bis zum Schwarzen Meer). 2. Robbenjagd im Eismeer. 3. Krümelchen weiß sich zu helfen. — **Fern-Andra-Lichtspiele,** Nymphenburgerstraße: 1. Die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau (von Aschaffenburg bis Belgrad). 2. Der Pillendreher. 3. Schneewittchen. — **Odeonslichtspiele,** Herzogstraße: 1. Die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau (von Rotterdam bis Aschaffenburg). 2. Schwedische Vogeljagd. 3. Rotkäppchen. — Eintrittspreise: 50 Mark, 100 M. und 120 M.

Büchereinlauf

Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk. 7. Jahrgang, Heft 1. Januar 1923. J. F. Lehmanns Verlag, München. Das Heft enthält u. a. einen Aufsatz von Houston Stewart **Chamberlain** über Kultur und Politik.

Die Südmark. Alpenländische Monatsschrift für deutsches Wesen und Wirken. Heft 2, Hornung 1923. Eigentümer und Herausgeber: Verein Südmark, Bund der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkstums im In- und Ausland. Graz, Joanneumsring 11.

*

Wir werden es nicht ...

Am Eingang der bei Kamen gelegenen Zeche Monopol der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft befindet sich das folgende Gedicht angeschlagen.

Werkleute der Roten Erde

Wir haben gedarbt und haben geschafft, Jahre um Jahre mit letzter Kraft. Jetzt kommen sie an, Kanonen, Soldaten. Wollen wir unser Land verraten? Wir werden es nicht, Kameraden.

Kommen wir müde vom Werke, vom Schacht, sehen wir die Komödie der Macht. Das trübe Funkeln von Bajonetten, sie klirren und drohen, die Sklavenketten — Wir beugen uns nicht, Kameraden.

Wir führen den Hammer und sind ohne Wehr. Was will der fremden Eroberer Heer? Konnten sie nicht den duldenden Massen den schweren Frieden der Armut lassen? Sie zwingen uns nicht, Kameraden.

Friede und Freiheit und ehrliche Pflicht und das tägliche Brot — mehr wollten wir nicht. Merkt auf, Werkleute in Hütten und Zechen: Wenn wir uns jetzt biegen — sie werden uns brechen! Wir halten uns brav, Kameraden.

Und geht man noch schärfer mit uns ins Gericht, wir halten die Treue und brechen sie nicht! Die Arbeit beugt sich nicht fremden Soldaten! Das Reich verraten? Das Land verraten? Wir werden es nicht, Kameraden.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Ortsgruppe Murnau. Am Sonntag, 18. Februar, wurde hier eine starke Ortsgruppe der N.S.D.A.P. gegründet. Der Vorstand besteht aus folgenden Parteigenossen: Zimmermeister Oettl, 1. Vorsitzender; Schriftsteller Gobsch, 1. Schriftführer; Buchdruckereiinhaber Greischmann, 1. Kassier. Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder erfolgt in der nächsten Versammlung. Zuschriften an den 1. Schriftführer erbeten.

*

Großdeutschland für die Westmark

In der vom Hochschulring deutscher Art und dem Verband auslanddeutscher Studierender in den Hofbräuhausfestsaal einberufenen Versammlung sprachen angesichts der Knechtung des Ruhrgebietes durch Frankreich die Vertreter der verschiedenen Grenzlande von der gemeinsamen großdeutschen Not. Nachdem der Vorsitzende des Hochschulrings Herr Müller den Worten „Es ist wieder Krieg“ die Mahnung an die Studentenschaft hatte folgen lassen, das völkische Gewissen Deutschlands zu sein, ergriff Pg. Gattermeier aus Wien das Wort. Er sprach für unsere Partei und für die deutschösterreichischen Gewerkschaften, die schon deutscher dachten, als dies im alten Österreich noch ein Verbrechen war. Und wenn diese Gesinnung auch heute wieder ein Stein des Anstoßes ist, so liegt das an der Wehrlosigkeit und Erfüllungspolitik derselben Mächte, die Deutschland ins Unglück stürzten, der internationalen Sozialdemokratie und dem jüdischen Börsenkapitalismus, die sich beide nur behaupten können durch Fortsetzung ihres Volksbetrug's, den sie mit der Unterzeichnung der Schuldlüge begannen. Deutschland bekam den „Frieden“ von Versailles, Österreich den von St. Germain. Deutschland „erfüllte“ vergeblich, um Oberschlesien und das Ruhrgebiet zu retten, Österreich wartet umsonst auf die verheißenen Darlehen. Dr. Renners Bettelfahrt zu Clémenceau hat nichts genützt und Frankreich selbst hat seinen eigenen Versailler „Frieden“, den wir nicht für ungültig zu erklären wagten, gebrochen, weil er unseren Untergang nicht schnell genug herbeiführte. Den Kämpfern an der Ruhr muß das unbesetzte Deutschland helfen, aber ohne die verräterische Sozialdemokratie, welche jetzt wieder in Wien Versammlungen sprengt, die zum Schutz gegen die Ostjudenüberschwemmung aufrufen. Die Internationale bekämpft jede völkische Regung, sie darf nicht mithelfen an unserer Befreiung, wenn wir nicht einen zweiten Dolchstoß wie 1918 erleben wollen, der das Ende des Deutschtums überhaupt bedeuten würde.

Als zweiter Redner schilderte Dr. Hausmann, der mit seiner Familie aus Landau ausgewiesen wurde, die Leiden der Pfalz. Soll nicht alles, was dort seit 4 Jahren ertragen wurde, umsonst sein, so muß die umfangreichste Hilfe geleistet werden. Das „Nein“ der Regierung hat Wunder gewirkt, aber der Widerstand der Pfälzer kann nur siegen durch das Gefühl, nicht allein zu sein, sondern den unbeugsamen Willen des ganzen Volkes hinter sich zu haben.

Der nächste Sprecher war wieder ein Pg., Abgeordneter Jung aus Prag. Er führte aus, daß in Österreich es wohl ein Staatsgefühl, aber kein Volksgefühl gab, worunter am meisten die Deutschen zu leiden hatten. Jetzt wollen die Tschechen den Deutschen wieder ein Gefühl aufzwingen, das einem fremden Staate, aber nicht dem eigenen Volke gelt, soll. Keine künstlichen Grenzen jedoch und kein artfremder Geist wird die Vereinigung aller Deutschen in einem freien, sozialen Großdeutschland zu hindern vermögen. Die von so vielen Deutschen bewunderte „Kulturnation“ der Franzosen zeigt ihre Raubtiernatur zur Warnung für alle, das Unheil des Verderbens in letzter Stunde abzuwenden. Es geht nicht um den Böhmer Wald und den Rhein, sondern um ganz Deutschland.

Dem Deutschböhmen folgte ein Vertreter der Steiermark und des Burgenlandes, Ingenieur Teichinger aus Graz. Für die alpenländischen Kriegsteilnehmer, welche die Zuteilung Kärntens an Südslawien mit Gewalt verhinderten und eine Volksabstimmung erzwangen, legte er das Gelöbnis ab, mit Gut und Blut auch für die Verteidigung deutschen Bodens an der Westgrenze einzustehen.

Nach ihm sprach Herr Ström aus Reval im Namen der Deutschbalten. Vor 700 Jahren haben Rheinländer und Westfalen die Ostseeländer dem Deutschtum gewonnen. Ihre Nachkommen haben bis heute die heimische Art bewahrt und werden dem überfallenen Stammlande ebenso die Treue halten wie die im Reich gebliebenen Kinder des deutschen Vaterhauses. Die Feinde sollen es spüren, daß Millionen Deutsche sind, wenn sie auch Pässe anderer Länder zu haben gezwungen sind.

Ein packendes Bild von der Lage im Ruhrgebiet entwarf ein ausgewiesener Bergmann. Zuerst trieb das bittere Gefühl, für Franzosen und Belgier zu arbeiten, viele den Kommunisten in die Arme. Seit aber der Feind selbst im Lande steht, mit lügenhaften Verlockungen und Peitschenhieben vorgeht und weder Frauen noch Kinder schont, ist mancher Weltverbrüderungstraum verflogen, um deutschem Zorn Platz zu machen. Als es hieß, ein Freiwilligenheer werde gebildet, meldeten sich sofort Tausende, unter ihnen waren 80 vom Hundert Arbeiter. Entschlossenheit bis zum Äußersten ist die Stimmung an der Ruhr. Eine ähnliche muß ihr im inneren Deutschland entsprechen und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Als letzter Redner mahnte Rittmeister v. Meisner aus Deutschsüdtirol, mit reinen Waffen in den Kampf zu gehen. 1809 wurde Tirol verraten, 1918 ebenfalls. Es ist ein schlechtes Zeichen, daß in Berlin getanzt wird, während in Steiermark und Tirol alle Festlichkeiten abgesagt worden sind. Wer in der Schicksalsstunde seines Volkes tanzen kann, mag mit in die Luft fliegen, wenn der Vulkan der empörten Volksseele zum Ausbruch kommt. Das Lied „Lieb Vaterland sollst ruhlos sein!“ beendete die Kundgebung.

Während des Abends war Exz. v. Kahr erschienen. Er wurde freudig begrüßt. Ebenso eine Sturmabteilung unserer Partei. Sprachen doch die Redner größtenteils dasselbe aus, was Adolf Hitler seit Jahr und Tag gepredigt und verkündet hat. Daß zwei unserer Pgg. zu Worte kamen, darf als Anerkennung der Arbeit gelten, welche die Nationalsozialisten für das kommende Großdeutschland geleistet haben. Der schwerste Kampf um unseres Vaterlandes Zukunft aber steht noch bevor. Frankreichs Einmarsch ins Ruhrgebiet bezeichnet seinen Anfang. D.

Bayerische Rundschau

Wemding. (Schmuckdiebstahl.) Nachts wurden aus der Wohnung des Joseph Engelhardt ein Paar Brillantohrringe und eine goldene Damenuhr mit Armband gestohlen. Für die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.

Stadtsteinach. (Diebstahl.) Dem Posthalter und Bürgermeister Hebentanz von hier sind durch einen unbekannten Täter ein Paar silberbelegte Pferdegeschirre im Werte von 1½ Millionen Mark gestohlen worden.

An unsere Bezieher!

Alle Postbezieher bitten wir dringend, unser Blatt für Monat März sofort bei der Post zu bestellen, damit in der Zustellung am 1. März 1923 keine Verzögerung eintritt. Die Gebühr für Postbezug beträgt für Monat März 3000 M. Dieser Betrag ist das Mindeste, was wir bei der fortgesetzten Steigerung aller Herstellungskosten unseres Blattes unbedingt fordern müssen.

Soweit Postbezieher mit der für Februar festgesetzten Nachzahlung von 1400 M. noch im Rückstand sind, bitten wir, sie umgehend auf unser Postscheckkonto München Nr. 11346 Franz Eher Nachf., G. m. b. H., einzuzahlen.

Viele unserer Streifbandbezieher sind mit der Zahlung der Gebühren für Monat Februar noch im Rückstand.

Wir bitten dringend, uns die am Kopfe unseres Blattes für den Streifbandbezug festgesetzten Bezugsgebühren sofort einzusenden.

Unsere Streifbandbezieher in Deutschösterreich wollen die Bezugsgebühren entweder direkt an uns, oder auf unser Konto beim Postsparkassenamt Wien, Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München, Konto-Nr. 79921 einzahlen.

An Streifbandbezieher, die bis 1. März 1923 die Bezugsgebühr für Februar nicht einbezahlt haben, müssen wir zu unserem Bedauern den Zeitungsversand von diesem Termin ab einstellen.

Mit deutschem Gruß!

Geschäftsleitung des „Völkischen Beobachters“.

Teisendorf. Eine heitere Wilderergeschichte) wird hier viel belacht. Verwalter Niedermeier der Gutsverwaltung Wieninger hörte in der sogen. Ramsau aus dem Jagdrevier des Kerschallerbauern von Stoißberg einen Schuß knallen. Beim weiteren Nachsehen bemerkte er einen mit einer Flinte bewaffneten, und mit einem russischen Militärpelzmantel bekleideten Mann am Rande des Gehölzes. In seiner Geistesgegenwart rief er den Wilderer an, markierte durch Anlegen mit seinem Spazierstock ein Gewehr und forderte ihn auf, aus „seinem“ Jagdrevier zu verschwinden. Der Wilderer, zweifellos ein Anfänger, der im Spazierstock wirklich ein Gewehr vermutete, ließ einen soeben erlegten schweren Rehbock im Stich und floh mit dem Gewehr. Verwalter Niedermeier nahm den Bock zu sich und sorgte für dessen Auslieferung an seinen rechtmäßigen Eigentümer. Wer der Wilderer war ist noch unbekannt.

Aus dem Gerichtssaal

„Der Triumph des Fascismus“ · Stolzing und Weiß freigesprochen

(Schluß.)

Die weiteren Gutachten erstrecken sich auf die Diktion des inkriminierten Artikels, wobei Schriftsteller Frekſa feststellte, daß der Aufsatz wohl außerordentlicher Erregung entsprungen sei — einer Erregung, die verständlich werde, wenn man bedenke, daß der Artikel aus der letzten Woche der Regierung Wirths stamme. Hofrat Bigris gab an, Stolzing sei persönlich nichts weniger als ein Aktivist; es sei aber notwendig, daß das Bürgertum von Zeit zu Zeit durch Artikel dieser Art aufgerüttelt würde, damit ihm wieder ins Bewußtsein gebracht werde, daß es einem zum äußersten Fanatismus entschlossenen Gegner gegenüberstehe. Dr. v. Scheubner-Richter verbreitete sich über die Absichten der III. Internationale; seitens der (vorigen) Reichsregierung sei nichts geschehen, dem unerschütterlichen Bestreben der russischen Sowjetrepublik, den Kommunismus auch in Deutschland vorwärts zu treiben, entgegenzutreten. Prof. Dr. Stempfle erläuterte die Entwicklung der fascistischen Bewegung in Italien und begründete ihre Notwendigkeit und die Tatsache, daß Italien durch den Fascismus aus der Anarchie gerettet worden ist mit dem Hinweis auf die Stellung des Vatikans und die Erklärung eines Kardinals. Übereinstimmung bestand bei sämtlichen Sachverständigen in der Auffassung des Artikels als eines zur Abwehr geschriebenen Aufsatzes.

Der Staatsanwalt glaubte „feststellen“ zu müssen, daß von keiner Seite eine Beeinflussung stattgefunden habe, eine Behauptung, die jedoch nicht unwidersprochen und unwiderlegt blieb. Im übrigen führte der Anklagevertreter einen wahren Eiertanz auf, um einerseits „den vaterländischen Beweggründen und dem journalistischen Wert“ gerecht zu werden, anderseits aber auch die Anklage zu retten. Sein Strafantrag lautete auf 30 000 M. Geldstrafe für jeden der Angeklagten, im Falle der Uneinbringlichkeit umzuwandeln in je 200 Tage Gefängnis.

Die Verteidiger rügten mit Recht, daß vom Staatsanwalt die Vorsätzlichkeit in keiner Weise angeschnitten worden sei, daß der Anklagevertreter ungeschickterweise Sozialismus und Proletariat gleichstelle, daß er den Begriff Terror mit dem Begriff der Masse verwechselt habe u. a. m. Justizrat v. Zezschwitz, der wie Justizrat Kohl vor allem die Not- und Abwehrstellung unserer vaterländischen Bewegung betonte, verwies zum Schluß auf eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes, die besagt: „Wo von kommunistischer Seite Gewalttat geplant ist, da kann auch die Abwehr und Notwehr nicht auf Gewalt verzichten.“

Unter diesen Umständen war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Angeklagten freigesprochen wurden. Freilich konnte sich das Gericht in der Urteilsbegründung nicht zu dem mannhaften Wort aufschwingen: Hier liegt kein Hochverrat vor! Es verschanzte sich vielmehr — wohl in der Absicht, die Situation des Staatsanwalts noch einigermaßen zu retten — hinter die bekannte Formel: „Es sei nicht zu widerlegen, daß der Artikel als Abwehraufsatz gemeint war und aufgefaßt werden sollte.“

*

Die bestohlene Landeswucherabwehrstelle

Als durch die aufsehenerregenden Enthüllungen des „Völkischen Beobachters“ über das Treiben des mittlerweile wegen Warenzurückhaltung zu Gefängnis verurteilten Generaldirektors der Romeo-Schuh-A.-G. die Behörden gezwungen wurden, gegen Rosenberg einzuschreiten, wurde von der Landeswucherabwehrstelle die im Lager der Laderinnung eingelagerte Ware beschlagnahmt, jedoch dort belassen. Die „sorgfältige“ Aufsicht, die in diesem Lagerhaus herrschte, gab dem 18jährigen Ausgeher Georg Braun den Gedanken ein, die Schuhe zu stehlen. Zusammen mit dem Kellner Christian Sonnleitner und dem Ausgeher Joseph Silberhorn fuhr Braun im Laufe des Novembers und Dezembers neunmal mit einem Handkarren zum Lagerhaus, wo er als früherer Ausgeher einer Speditionsfirma keinen Verdacht erregte, und nahm unbeanstandet im ganzen 315 Paar Schuhe mit, die um über 2 Millionen Mark verkauft wurden; dabei zeigten die Burschen in den Geschäften gefälschte Rechnungen vor.

Die Diebstähle kamen dadurch auf, daß einer der Burschen, die mit dem Gerstl in kurzer Zeit fertig wurden, im Rausch seine Mutter und Schwester mit dem Revolver bedrohte, sich aus dem Haus entfernte und auf eine Anlagenbank zum Schlafen niederließ. Ein ihn kontrollierender Schutzmann fand bei den Burschen Aufzeichnungen über die von ihm gemachten „Geschäfte“. Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte Braun wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrug zu 3 Jahren, 8 Monaten Gefängnis, Sonnleitner zu 2 Jahren, 2 Monaten Gefängnis. Das Verfahren gegen Silberhorn wurde abgetrennt.

*

Bestrafung eines armen Teufels

Rosenheim. Vor dem hiesigen Schöffengericht fand am 20. Februar die Hauptverhandlung gegen den Kanzlisten Karl Pompe aus Brixen statt, der vom deutschen Zollamt Kufstein bei Ausführung eines Ausfuhrschmuggels abgefaßt worden war. Karl Pompe wurde zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat und 1 680 100 M. oder einem weiteren Jahr Gefängnis verurteilt. Die Ware, die Pompe schmuggeln wollte, 17 Pfund Gehstoff und 232 seidene Krawatten, wurden beschlagnahmt. — Eine außerordentlich harte Strafe für einen armen Teufel, dessen Vergehen wir durchaus nicht beschönigen wollen, aber die jüdischen Großhändler und Börsenbanditen begaunern das deutsche Volk täglich um viele Millionen — straffrei.

14

Jud Süß

Novelle von Wilhelm Hauff.

„Bringet mir“, antwortete sie, indem sie die Tränen nicht mehr zurückhalten konnte, „nur unsern Gustav wohlbehalten zurück, und“, setzte sie durch Tränen lächelnd hinzu, „machet mir keine tollen Streiche, die Euch verraten könnten.“

„Die Pferde sind vor dem Seetor“, sprach der Alte zu Reelzingen und seinem Sohn. „Ihr dürft nicht das Tor selbst passieren; denn die erste Runde ist schon vorüber. Begleiten Sie meinen Sohn, Herr von Blankenberg, durch die Gärten und bringen Sie mir Nachricht, wie Sie fortgekommen sind.“

Der junge Lanbek umarmte Vater und Geschwister, die Schwestern folgten ihm und seinen Freunden weinend bis unter die Gartentüre, und als nachher Hedwig ihre jüngere Schwester bitter tadelte, weil sie erlaubt habe, daß der Kapitän sie auf den Mund küsse, antwortete jene: „Du hast gefehlt, nicht ich, daß du es unterlassen hast; solche Höflichkeit waren wir einem Manne schuldig, der für unsern Bruder soviel tut.“

„Ei,“ erwiderte Hedwig errötend, „Blankenberg hat ihn eigentlich doch auch gerettet.“

13.

Die beiden jungen Männer ritten schweigend durch die finstere Nacht hin. Kein Stern war am Himmel, und der Wind heulte um die Berge. „Hu! Siehst du dort?“ flüsterte Reelzingen, als sie an dem eisernen Galgen vorbeiritten, den einst (1597) Herzog Friedrich dem Alchimisten Honauer aus dem Metall errichten ließ, das er in Gold zu verwandeln versprochen hatte. „Schau, diese ungeheure Menge Raben, es ist, als witterten sie eine neue Beute.“

Sein Freund blickte schweigend hinauf, schlug aber plötzlich wieder die Augen nieder, denn ihm war, als sähe er Leas feine, liebliche Gestalt klagend unter dem Galgen sitzen. „Fest genug ist diese Schandsäule aus Eisen,“ fuhr der Kapitän fort, „um alle Schurken im Lande zu tragen; aber wollte man das Gold mit aufhängen, das sie eingesackt haben, würde selbst dieser Galgen wie ein morscher Stab zusammenbrechen! Wie diese Raben schaurige Melodien singen! Doch wie? — Dieu nous garde, camarade! Gib deinem Roß die Sporen, wahrhaftig, dort sitzt ein Gespenst am Galgen!“

Es war, als ob die Pferde selbst diesen Ort des Schreckens fürchteten, denn auf diesen Ruf jagten sie mit Sturmeseile den Berg hinan und waren nicht eher ruhig, bis man das Gekreisch der Raben nicht mehr hörte.

Es liegt eine kleine Brücke zwischen Stuttgart und Ludwigsburg, von welcher das Volk viel Schauerliches zu erzählen weiß; soviel ist gewiß, daß schon Unerklärliches dort vorgefallen ist, und daß mancher Mann sein Gebet spricht, wenn er nachts allein über diese Stelle reitet. Die Sage sagt, daß der Sohn des Konsulenten und sein Freund, der muntere Kapitän, glücklich und in kurzer Zeit bis an jene Brücke gekommen seien; dort aber seien ihre Pferde nicht mehr von der Stelle gegangen und haben geschnaubt und gezittert. Die jungen Leute spornten und gebrauchten ihre Peitschen, als eine alte, zitternde Stimme rief: „Gebt einem alten Mann doch ein Almosen!“

„Wer wird bei Nacht und Nebel den Beutel ziehen? Zurück, Alter, von der Brücke weg, unsere Pferde scheuen vor Euch, zurück, sag' ich, oder Ihr sollt meine Peitsche fühlen!“

„Nicht so rasch, junges Blut! Nicht so rasch!“ sagte der Alte, dessen dunkle Gestalt sie jetzt auf dem Brückengeländer sitzen sahen. „Eile mit Weile! Kommet noch früh genug, gebet einem alten Mann ein Almosen!“

„Jetzt ist meine Geduld zu Ende“, rief der Kapitän und schwang seine Peitsche in der Luft. „Ich zähle drei, wenn du nicht weg bist, hau' ich zu.“

Der Alte hüstelte und kicherte; Gustav kam es vor, als wachse seine dunkle Gestalt ins Unendliche und — ein langer Arm streckte einen großen Hut heran, und zum drittenmal, aber drohend und mit furchtbarer Stimme, krächzte der Mann von der Brücke: „Einem alten Mann gib ein Almosen! Es wird dir Glück bringen, und reite nicht so schnell; vor zwölf Uhr darfst du nicht dort sein.“

Reelzingen ließ kraftlos und zitternd seinen Arm sinken; er gestand nachher, daß ihn eine kalte Hand angefaßt habe. Gustav aber zog mit pochendem Herzen die Börse und warf ein Silberstück in den großen Hut. „Wieviel Uhr ist's, Alter?“ fragte er.

„Weiß keine Stund' als zwölf Uhr“, sprach die Gestalt, die wieder auf dem Geländer zusammenkauerte, mit dumpfer Stimme. „Dank' dir, sollst Glück haben; reit' zu!“ Er sagte es und stürzte rücklings mit einem dumpfen Fall in den Sumpf, über den die Brücke führte. Entsetzt gab Reelzingen seinem Pferde die Sporen, daß es sich hoch aufbäumte und dann in zwei Sprüngen über die Brücke setzte. Gustav aber hielt erschrocken sein Pferd an, stieg ab und blickte über das Geländer der Brücke. Es rührte sich nichts. „Alter!“ rief er hinab, „hast du Schaden genommen? Kann ich dir helfen?“ — Keine Antwort, und alles war still unten wie im Grabe. Jetzt faßte auch den jungen Lanbek eine unerklärliche Angst; er fühlte, als er aufstieg, wie sein Pferd zitterte; er wagte es nicht, sich noch einmal nach dem grauenvollen Ort umzusehen, als er seinem Freund nachjagte.

„Das ist das zweite Mal, daß er mir begegnet ist“, flüsterte Reelzingen tief aufatmend, als Lanbek wieder an seiner Seite war.

„Wer?“ fragte dieser betroffen.

„Der Teufel“, antwortete der Kapitän.

Lanbek gab ihm keine Antwort auf die sonderbare Rede, und sie jagten weiter durch die Nacht hin. In Zuffenhausen schlug es ein Viertel nach elf Uhr, als sie durchritten; in den meisten Häusern brannten noch die Kerzen, und da und dort hörte man geistliche Lieder aus den Stuben. Der Nachtwächter stieß eben ins Horn und rief die Stunde; der Kapitän hielt an und fragte ihn, was die späten Gesänge und Gebete zu bedeuten haben.

„Ach, Herr! Das ist eine arge Nacht,“ antwortete dieser, „es hat ein Mann an vielen Häusern gepocht und befohlen, die Leute sollen die ganze Nacht bis zwölf Uhr beten.“

„Wer ist der Mann?“ fragte Lanbek staunend.

„Alte Leute, Herr, die ihn gesehen haben, versich[illegible] Pfarrer gewesen; Gott hab' ihn selig, er ist seit zwanzig Jahren tot; aber es war ja nichts Unchristliches, was er verlangte, drum beten und singen sie in den Lichtkerzstuben und spinnen dazu.“

„Diese Nacht kann mich noch wahnsinnig machen“, rief der Kapitän, indem sie wegritten. „Gustav, ich glaube, heute nacht geht er leibhaftig auf der Erde um; ich denke, es wäre jetzt gerade die beste Zeit, den alten Burschen zu zitieren, wenn man etwa schnell Oberst werden oder zweimalhunderttausend spanische Quadrupel haben möchte.“

„Tor!“ antwortete der Freund. „Der, den du meinst, hat mit dem Gebet nichts gemein.“

Es war, als ob ihre Pferde nur zum Schein die Beine aufhöben, denn jede Viertelstunde, die sie zurücklegten, schien zu einer neuen anzuwachsen. Noch immer wollte Ludwigsburg nicht erscheinen, und die Nacht war so finster, daß sie auch an der Gegend nicht erkennen konnten, ob sie fehlgeritten oder ob sie der Stadt schon nahe seien. Endlich, nachdem sie etwa wieder eine halbe Stunde geritten sein mochten, sahen sie in der Entfernung von etwa tausend Schritten Lichter schimmern, fanden aber auch zugleich ihren Weg durch vier Pferde versperrt, die an einen Reisewagen gespannt, quer über die Landstraße standen.

„Führ' deine Pferde hinweg, Fuhrmann!“ rief der Kapitän, „oder meine Peitsche wird sie bald weggetrieben haben; warum versperrst du den Weg?“

(Fortsetzung folgt.)

Münchener Beobachter

Schiebersorgen

In den Münchener Kaffeehäusern herrscht Aufregung. Es gibt ja in München leider kaum mehr ein Kaffeehaus, in dem nicht wenigstens ein Stammtisch voll ausgewachsener Schieber, zumeist unverkennbar jüdischer Rasse, zu finden wäre. Die unter ihnen waltende Stimmung ist jedenfalls ein zuverlässiger Maßstab für den jeweiligen Dollarstand, der für diese Sumpfpflanzen Sonne und Licht bedeutet. Das Sinken des Dollars ist diesen Schmarotzern in die Knochen gefahren, denn: „Bei sinkendem Dollar können wir keine Geschäfte machen." Als der Dollar in den letzten Tagen wieder um einige tausend Punkte stieg, witterten sie schon wieder Morgenluft. Einer rief dem andern hoffnungsfreudig zu: „Er is wieder g'stieg'n." Sie haben Zeit, diese Burschen, sie können es abwarten, bis er weiter steigt. Der Beobachter aber schaut kopfschüttelnd zu und fragt sich: Wie ist es möglich, daß diese Schieberbrut unbehelligt in öffentlichen Lokalen sich ihres Treibens freuen kann? Nicht bloß im Soller und im Metzgerbräu sind Razzias notwendig, sondern anderswo noch mehr!

Wetterlage

Allgemeine Übersicht: Die ozeanische Depression liegt vorerst noch fest; sie findet den sonst gewohnten Abzug nach Osten immer noch durch das skandinavische Hochdruck- und Kältegebiet blokkiert und versucht daher mit Tiefdruckausläufern nach Zentraleuropa vorzubringen.

In Pfalz und Nordbayern haben bereits Trübung und Niederschläge eingesetzt, auch in Südbayern wird die Föhnlage bald ihr Ende finden.

Wettervorhersage für Freitag, den 23. Februar: Westwetter fortbestehend, zeitweise leichte Regen- und Schneefälle.

*

Wiederkehr des Josephi-Feiertages. In der gestrigen Vollsitzung des Landtags wurde einer Eingabe des bayerischen Episkopats um Erklärung des Josephitags als gesetzlichen Feiertag mit den Stimmen der Bayer. Volkspartei und des Bauernbundes dem Ausschußbeschluß zugestimmt, wonach der Josephitag in Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung als Arbeitsruhetag im Sinne der Gewerbeordnung erklärt werden soll.

Wirkungen des ministeriellen Erlasses gegen Preistreiberei. Der Erlaß, den vor einigen Tagen der bayerische Justizminister Gürtner gegen die schamlose Preistreiberei herausgab, hat bereits gewirkt: die Viehhändler verlangten am Mittwochfleischgroßmarkt um 4—500 Mark das Pfund — weniger? O nein, mehr! Der nächstfällige Markenzucker ist auf 850 Mark das Pfund — gesunken? O nein, gestiegen! Die Schachtel Streichhölzer auf 80 Mark usw. ins Unendliche. So frech verhöhnt der jüdische Großhandel die Regierungsautorität. Galgen, Herr Minister, Galgen müssen Sie aufstellen!

Schmalzwucher. Unterm 20. d. M. veröffentlichte der „Rottaler Anz." folgende Mitteilung: „Aufsehen erregte am Samstag die Verhaftung zweier Müllersöhne von hier. Die Verhaftung war auf Anordnung der Landeswucherabwehrstelle erfolgt. Die Untersuchung ergab jedoch, daß es sich um ein **Mißverständnis (?)** gehandelt habe, weshalb die beiden wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Sie waren mit ihrem Auto nach München gefahren, um es dort zu verkaufen und nahmen für einen hiesigen Großhändler rund 20 Zentner Butterschmalz mit. Auf dem Wege hatten sie Defekt, das Auto mußte durch einen Münchener Spediteur weiterbefördert werden. Das Auto wurde, da es Nacht war, bei diesem eingestellt. Inzwischen interessierte sich das Wucheramt für das Schmalz und beschlagnahmte in Abwesenheit der zwei Müllersöhne dasselbe zu Unrecht." — Wie uns hierzu von einer angesehenen Landesproduktengesellschaft m. b. H. mitgeteilt wird, **ist es ausgeschlossen, daß ein Großhändler innerhalb kurzer Zeit eine so große Menge Schmalz zusammenbringt.** Bevor dieses Schmalz wieder freigegeben wird, sollte genau nachgeforscht werden, wie teuer es vom Großhändler eingekauft und seit wann er diese Bestände schon hatte. Es wäre niederträchtigste Gaunerei, wenn es bereits vor 2 oder 3 Monaten angekauftes Schmalz, das Pfund um 1500 bis 2000 Mark, wäre, das der Großhändler solange zurückhielt, um es jetzt zu inzwischen noch wahnsinniger gesteigerten Wucherpreisen abzusetzen. Und noch eine Frage: **Warum erfährt man nie die Namen von solchen Großhändlern?**

Unerhörte Preissteigerungen am Schlacht- und Viehhof machten selbst die Metzger am gestrigen Viehmarkt rebellisch, und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre es zu Unruhen gekommen, weshalb man auch Landespolizei bereitstellte. Die Kommissionäre verlangten für das Fleisch gleich um 400 Mark mehr das Pfund. Die Metzger waren darüber so erregt, daß sie beschlossen, den Markt zu boykottieren. Erst in einer anschließenden Versammlung wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Kommissionäre für das Fleisch den Preis vom Freitagmarkt verlangten.

Diebstähle und Verhaftungen. Von der großen Erinnerungstafel auf der Kesselbergstraße wurde eine 4½ Meter hohe kupferbronzene Königskrone gestohlen. — Im Münchner Hauptbahnhof stahl ein Dieb einer Dame eine Handtasche, enthaltend einen Brillant-Anhänger, eine goldene Armband-Uhr u. a. im Werte von vielen hunderttausend Mark. — Festgenommen wurden eine Haushälterin, die in Neufahrn einen Ledertreibriemen und Lebensmittel für ¾ Millionen Mark stahl. — Ferner ein Kesselschmied, der in den ehem. Kruppwerken Kleider für 1½ Millionen Mark entwendete, und zwei Hilfsarbeiter, die in Dachau 1 Zentner Ochsenfleisch mitgehen ließen.

Verurteilungen wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz. Der Verwaltungsausschuß des Stadtrates nahm von einer stattlichen Reihe gerichtlicher Verurteilungen auf dem Gebiete der Lebensmittelpolizei Kenntnis. Wir verzichten darauf, durch Veröffentlichung der langen Liste die Verurteilten, fast alles kleine Geschäftsleute und Bauern, an den Pranger zu stellen, da wir immer wieder auf die himmelschreiende Ungerechtigkeit hinweisen müssen, die darin liegt, daß man das Übel nicht an der Wurzel packt, beim jüdischen, die Wucherpreise diktierenden Großhandel.

Kindsmord. Im Englischen Garten wurde am Mittwoch aus dem Eisbach die Leiche eines neugeborenen Mädchens geborgen, das eines gewaltsamen Todes gestorben sein dürfte.

Leichenfund. Am 28. August 1922 wurde am linken Donauufer in Straubing eine nackte unbekannte männliche Leiche angeschwemmt. Der Tote, der zirka 3—4 Tage im Wasser gelegen sein dürfte war 1,70 Meter groß, etwa 70 Jahre alt, hatte ergraute Haare und solchen Schnurr- und gestutzten Vollbart. Sachdienliche Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten unter U T m 39/22 erbeten an die Polizeidirektion München, Bayerische Nachrichtenstelle für vermißte und unbekannte Tote.

Räumung des Harlachinger Quellbaches. Die diesjährige Räumung des Harlachinger Quellbaches findet am Dienstag, 20. März, statt. Die Angrenzer haben am genannten Tag den Bach einer gründlichen Räumung zu unterziehen. Nach Vereinbarung kann die Räumung auch durch das Stadtbauamt — Abteilung für Wasser und Brückenbau — vorgenommen werden. Falls während der Bachauskehr Bauarbeiten und Bauwechslungen, die der wasserpolizeilichen Genehmigung bedürfen, auszuführen, sind die Pläne unverzüglich beim Stadtrat München einzureichen.

Aufstellung von Angemessenheitspreisen für Kohlen. Infolge Erhöhung der Frachtsätze um 100 Prozent sowie wegen neuerlicher Erhöhung der Fuhrlöhne und Arbeiterlöhne werden für Werkslieferungen ab 15. Februar folgende Kleinverkaufspreise als angemessen begutachtet: Oberbayer. Kohlen 9914 M. per Ztr., Mitteldeutsche Briketts 9548 M. per Ztr. Vorstehende Preise verstehen sich bei Lieferung in Säcken frei Haus des Verbrauchers. Bei Lieferungen in offenen Fuhren ermäßigen sich die Preise um 100 M. per Ztr., Bei Selbstabholung vom Lager eines Händlers mit Geleisanschluß um 700 M., bei den übrigen Händlern um 550 M. per Zentner.

Erhöhung der Kriegsopferrenten.

Der Zentralverband deutscher Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebener München, Schellingstr. 138/0, teilt uns mit:

Die Regierung hat auf die Vorstellungen der Organisationen hin beim Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Rente, welche die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen beziehen, vom 1. März 1923 an verdreifacht werden soll, das entspricht einer Verzwölffachung der ursprünglichen Versorgungsgebührnisse vom 1. April 1920.

Desgleichen steht ein Verordnungsentwurf über die Erhöhung der Teuerungszuschüsse und der Einkommensgrenzen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene zur Beratung. Danach sollen mit Wirkung vom 1. Februar 1923 ab erhalten an Teuerungszuschüssen ein Schwerbeschädigter bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50—80 v. H. auf 18 000 Mark; ein Schwerbeschädigter bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. auf 25 000 M.: ein Schwerbeschädigter, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist, auf 50 000 M.: eine Witwe auf 18 000 M.; eine Witwe, die nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist, auf 35000 M.; eine vaterlose Waise auf 12 000 M.; eine elternlose Waise auf 20 000 M.; ein Elternteil auf 15 000 M.; ein Elternpaar auf 24000 M.; Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Hausgeldes für Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe auf 18000 M.; der besondere Zuschuß, den Schwerbeschädigte oder Hausgeldempfänger erhalten, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, erhöht sich auf jedes Kind auf 11 000 M.

Vortrag für die Turnerschaft. Der bekannte Förderer des deutschen Turnwesens in Österreich, Hofrat Claudius Kupka aus Wien, wird auf Veranlassung des Völkischen Rechtsblocks in Bayern am kommenden Montag, den 26. Febr., abends halb 8 Uhr, im Hofbräuhausfestsaal über den Jahn-Geist in der deutschen Turnerschaft sprechen. Hierzu sind alle Mitglieder der Turnvereine sowie Freunde des deutschen Turnwesens eingeladen. Für die Mitglieder der Turnvereine ist ein ermäßigter Eintrittspreis festgesetzt.

Beerdigungen

Am 23. Februar:

Südfriedhof: Anna Hiemer, Baumeisterswitwe, 77. J., 2½ Uhr. — Georg Strixner, Kunstmaler, 25 J., 3 Uhr.

Ostfriedhof: Wendelin Neugebauer, Kesselschmied, 77 J., 3¼ Uhr. — Fanny Langecker, Ziseleursgattin, 37 J., 3 Uhr. — Therese Weierer, Schneidersgattin, 44 J., 3½ Uhr. — Ernst Bomberger, Glasermeister, 57 J., 2¼ Uhr. — Anna Hartl, Köchin, 59 J., 2¼ Uhr. — Afra Meinhardt, Gütlerswitwe, 73 J., 2 Uhr. — Anna Schwerdt, Schlossersgattin, 38 J., Feuerb. — Max Brunner, Zimmermannskind, 4 Mon., 2½ Uhr.

Alter Nördl. Friedhof: Rosa Stahl, Buchhalterin, 52 J., 2½ Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Maria Gruber, Wäschereibesitzerswitwe, 66¼ J., 3 Uhr.

Sendlinger Friedhof: Josef Fesenmeier, Portier, 65 J., 2¾ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Karoline Reubel, Stationsmeisterswitwe, 75 J., 2 Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Hedwig März, Lokomotivheizersgattin, 44 J., 2¾ Uhr. — Alois Suiter, Schreiner, 61 J., 3¼ Uhr. — Christine Sagmeister, Hoteliersgattin, 45 J., k. n. Bregenz. — Martin Plöderl, Schlosserskind, 10 Mon., 2¼ Uhr. — Maria Hofmann, Maschinistenskind, 1 Tag, 2½ Uhr.

Münchener Rathaus

Eine Anfrage

Kürzlich war die sozialistische Stadtverwaltung von Wien in München bei ihren roten Brüdern. Im Verlaufe der Besprechungen soll der marxistische Bürgermeister Schmidt zu seinen Gesinnungsgenossen gesagt haben: **„Wissen Sie, meine Herren, ich bin schon 30 Jahre Sozialdemokrat, aber seitdem ich Bürgermeister bin, muß ich täglich meinen Parteigrundsätzen untreu werden, sonst könnte ich die Stadt nicht verwalten."**

Wir fragen hiemit den Neuen Bürgermeister in aller Oeffentlichkeit, ob er wirklich diese Aeußerung getan hat.

Die neuen Mietpreise

Jüngst ging eine Notiz durch die Presse, in Stuttgart sei durch Ministerialentscheidung die Miete ab 1. Februar auf das dreifache der Friedensmiete festgesetzt worden, München dagegen habe bereits das 60fache erreicht, dafür habe es auch zum 1. März eine neue Erhöhung zu erwarten. Diese Meldung über die Stuttgarter Regelung ist, wie wir von maßgebender dortiger Stelle erfahren, falsch. In Stuttgart werden die Betriebskosten mit Ausnahme der Verwaltungskosten nach dem tatsächlichen Anfall jedes Anwesens umgelegt und betragen heute zwischen dem 60- und 100fachen der Grundmiete. Dazu kommt die übrige gesetzliche Miete, die heute etwa das 46fache der Grundmiete ausmacht. Die Miete beträgt hiernach das 100- bis 150fache der Grundmiete. Da in Stuttgart die Grundmiete 85% der Friedensmiete darstellt, so beträgt, berechnet nach der Münchener Grundmiete von 75%, die Miete also das 113- bis 170fache Münchener Grundmiete. Auch in anderen deutschen Städten ist die Miete vielfach höher als in München. Die Behauptung, daß München an der Spitze marschiere, ist also irreführend. — So lautet eine uns zugehende halbamtliche Mitteilung, deren höchst mageren Trost wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Bayern

Tschechische Truppenzusammenziehungen bei Furth i. W.

Die „Bayer. Staatsztg." schreibt: Tschechische Einberufungen werden, so sagt der „Deggendorfer Donaubote", von der tschechoslowakischen Regierung in Abrede gestellt. Heute aber erhielt ein hiesiger Beamter, der inzwischen die bayerische Staatsangehörigkeit erworben hat, den Gestellungsbefehl mit der Androhung, daß er, für den Fall, daß er dem Befehle nicht nachkäme, als fahnenflüchtig behandelt werden und bei seiner Rückkehr in die tschechoslowakische Republik die gesetzlichen Folgen zu tragen haben würde. Weiter wird aus Furth i. W. berichtet, **daß tschechische Artillerie in Wies bei Furth zusammengezogen sei. Am Donnerstag hörte man vom Osser her Scharfschießen. Die tschechischen Garnisonen in Neuern und Glattau hielten dort Übungen ab. Diesen Übungen wohnte der tschechische Generalstab mit französischen Offizieren bei.**

Landtägliches

In dem alten gelben Haus an der Prannerstraße geht die Aussprache zum Kultusetat ungefähr in jenen Formen weiter, die im Frieden üblich, wenn auch nicht angebracht waren. **Der bayerische Landtag bemüht sich redlich, seinen Ruf, das am längsten und langwierigsten tagende Parlament der Welt zu sein, aufrechtzuerhalten.** Von anderen Volksvertretungen hört man, daß sie zuweilen einige Zeit in Ferien gehen, um den Ministerien Zeit zu deren eigener Arbeit zu lassen. Der bayerische Landtag bleibt, wenn er sich einmal versammelt hat, beieinander, vom September des einen Jahres bis zum August des anderen. Der Genius loci, der eine etwas schläfrige Miene zur Schau trägt, läßt die Herren Volksboten nicht aus seinem Bann.

Es erübrigt sich, aus dem Wechselspiel von Rede und Gegenrede bemerkenswertere Gedanken herauszuheben; die Dinge sind aus den Ausschußverhandlungen bekannt, und das Plenum ist ja nur die Fassade, die für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist. Die Aufmerksamkeit des Hauses ist daher andauernd schwach und wird nur dann stärker, wenn eine der üblichen Katzbalgereien zwischen Ministerbank und Opposition oder zwischen Koalition und Opposition beginnt, an denen der Landtag so reich ist und in denen manche Leute die eigentliche Würze des parlamentarischen Systems erblicken.

Soweit nicht konkrete Fragen der Erziehung und Bildung zur Debatte stehen, die durch eine Veränderung der Organisation und durch Geldmittel gelöst werden können, handelt es sich um die wiederkehrende Betonung weltanschaulicher Grundauffassungen, die im Landtag wohl erörtert, aber nicht ausgetragen werden können. Die Weimarer Verfassung hat den alten Zankapfel der Schule durch das Hereintragen unausgereifter Theoreme, wie sie z. B. die Einheitsschule darstellt, noch saurer gemacht, und die Diskussionen über diesen Gegenstand haben nicht zuletzt durch den Schatten von Weimar in den Landtagen an Schärfe noch gewonnen. In Bayern ist der Widerstand gegen die von der Reichsverfassung gehätschelte konfessionslose Schule am stärksten, und ein guter Teil der Angriffe der übermodernen Lehrerschaft fließt aus der Tatsache, daß das Ministerium Matt wie am christlichen Charakter des Staates, wenn auch nur in der Theorie, festhält — **die Linke schwärmt für den paritätischen Staat unter jüdischer Vorherrschaft** —, so an der konfessionellen Volksschule, und weiterhin auch die sehr gestiegenen Ansprüche eines Teiles der Lehrerschaft in puncto Vorbildung und Gehaltseinreihung ablehnt. Der parlamentarische Kampf wird an der Hand von „Fällen" geführt, gleichfalls eine alte Praxis des bayerischen Landtags.

Wir haben erst jüngst in einem Aufsätzchen über das bayerische Verfassungselend den Nachweis geführt, daß der Landtag zur Fortbildung der Verfassung unfähig ist. Heute können wir diesem Nachweis ein neues Glied anfügen. Im **Verfassungsausschuß** stand ein schon vor mehr als einem Jahr gestellter **Antrag der Bayerischen Mittelpartei** zur Debatte, die Bestimmung des **§ 52, Abs. II der Verfassung,** nach der der Landtag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder einsetzen muß, **dahin zu ändern,** daß der Antrag von einem Fünftel unterstützt sein muß, wenn er überhaupt behandelt werden soll, und im übrigen die Zustimmung der Mehrheit finden muß. Der Antrag wurde im Ausschuß mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, Mittelpartei und Deutschen Volkspartei gegen die Stimmen der übrigen Parteien angenommen. Für das Plenum ist dieses Abstimmungsergebnis ohne Bedeutung, da der Antrag eine Verfassungsänderung bezweckt und die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht findet. Das um so weniger, als die Bauernbündler und Demokraten als kleine Fraktionen weder heute noch morgen bereit sein werden, sich dieses Mittel der parlamentarischen Kontrolle aus der Hand nehmen zu lassen, und als erst kürzlich die Bauernbündler die übrigen Koalitionsgenossen bei der Beratung des Antrages der Bayer. Volkspartei, der Verfassungsänderungen erleichtern sollte, im Stich gelassen haben. Es bleibt also auch in diesem Punkte alles beim Alten, und 32 Männlein und Weiblein haben es in der Hand, einen Untersuchungsausschuß mit allem Drum und Dran und den gewaltigen Kosten zu schaffen.

Wutzlhofer in Berlin

Landwirtschaftsminister Wutzlhofer hat sich nach Berlin begeben zu Besprechungen mit dem Reichsernährungsminister über die Ernährungslage. — Wenn diese „Besprechungen" nicht zu einem Preissturz führen, dann hilft nichts mehr! Unser Landwirtschaftsminister ist jedenfalls der geeignete Mann, um durch das Gewicht seiner schwerreichen Persönlichkeit die Preise zu drücken.

Die Pest der jüdischen Viehhändler

Die bayerische Regierung von der Bayer. Volkspartei Gnaden läßt bekanntlich keine Gelegenheit verstreichen, um ihre föderalistische Einstellung zu betonen und mit vielen Worten wirkliche und vermeintliche Interessen des Landes Bayern zu verfechten. Wehe aber, wenn eine Tat verlangt wird! Da tut sie, als ob nichts wäre und als ob sie von nichts wüßte. Ein solcher lehrreicher Fall liegt gegenwärtig wieder vor. Man überläßt es ruhig der Bevölkerung, sich darüber zu empören, daß das Reichsernährungsministerium durch Berufung auf irgendeine Verordnung es Bayern unmöglich gemacht hat, die Ausfuhr von Vieh — nicht etwa zu verhindern, sondern lediglich zu überwachen. Das zur Ausfuhr bestimmte Vieh sollte nur über die großen Schlachtviehmärkte gehen müssen und nicht kurzweg vom flachen Lande weg. Das Reichsernährungsministerium legte gegen diese im Interesse der Fleischversorgung der einheimischen Bevölkerung gelegene Maßnahme sein Veto ein und — die bayerische Regierung kuscht sich. Ist auch der Föderalismus in die Einheitsfront gegangen? Die Viehhändler aber triumphieren und kaufen weiter, wie uns von wissender Seite versichert wird, auf dem Lande alles wahllos auf. Selbst ein Dr. Heim mußte dieser Tage in einem Artikel im „Bayer. Kurier" zugeben: „Die Abwanderung von Eiern, Butter, Käse und Vieh nach dem Westen ist außergewöhnlich hoch. Von den Waren, die Bayern verlassen, kann man annehmen, daß sie in belgischen oder französischen Mägen enden." Besonders notwendig haben es jetzt natürlich die Juden, die ja den Viehhandel beherrschen. So sind z. B. in Unterfranken 90 Proz. des Viehhandels in jüdischen Händen. Dieser Viehhandel ist ein Kapitel für sich, das seinerseits die gegenwärtig tonangebende Unfähigkeit beweist. Ein Beispiel von dem riesigen Umfang, den das Viehhändlertum angenommen hat: Im Bezirk Dachau waren vordem drei zugelassene Viehhändler, heute sind es 35! Eine Überprüfung der Zulassungen ist zwar seit langem im Gang, aber — man höre und staune — man kann gegen die Leute nicht vorgehen, teils dieserhalb, teils jenerhalb. Bis jetzt ist es nur möglich gewesen, 6 Händlern die Handelserlaubnis zu entziehen, weil „die meisten eben die Voraussetzungen erfüllen"...

Die Lebensmittelspende der bayerischen Landwirtschaft für das besetzte Gebiet

Es wird darauf hingewiesen, daß die gesammelten Lebensmittel der für die einzelnen Regierungsbezirke zuständigen Kreisbauernkammer anzuzeigen sind. Die Kreisbauernkammer gibt dann den Versandauftrag nach Weisung der Annahmestelle für das besetzte Gebiet, welche die im Ruhrgebiet gelegene Landwirtschaftskammer Westfalen in Minden i. W. errichtet hat. Die zuständige Kreisbauernkammer liefert auch die vorschriftsmäßig gestempelten Frachtbriefe für den frachtfreien Transport der Spenden. Desgleichen wird durch Vermittlung der zuständigen Kreisbauernkammer bei der Annahmestelle in Minden das benötigte Sackmaterial zur Verfügung gestellt. Die Einzelspenden sind möglichst zu Sammelspenden zu vereinigen, da das Verbringen von Einzelspenden ins Ruhrgebiet mit großen Schwierigkeiten verbunden ist; auch kann Sackmaterial nur für ganze Wagenladungen vermittelt werden. Die Landwirte wollen tunlichst ihre Spenden bei den genossenschaftlichen Lagerhäusern anliefern.

Das Ödlandgesetz

Der Entwurf eines Ödlandsgesetzes wurde in erster und zweiter Lesung ohne Erörterung unverändert nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Eine Eingabe der Interessenten der Großmarkthalle München um Wiedereinführung der aufgehobenen Frachtsätze für Obst und Kartoffeln, eventuell um eine mäßige Steigerung der Tarife wurde der Regierung zur Würdigung hinübergegeben.

Erhöhung der Kriegsopfer-Renten.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Reichsgoldanleihe

Zur Nachricht über die Auflegung der inneren Goldanleihe schrieben wir, daß man sich über die Eignung des jetzigen Zeitpunktes streiten könne. Die rasche Erledigung des Anleiheplanes der Regierung ist größtenteils auf tatkräftige Förderung desselben von seiten der Großbanken zurückzuführen und gilt allgemein als großer Erfolg der Regierung. Einerseits werde die Stellung der Reichsbank in ihrer Devisenpolitik durch neuen Zustrom von ausländischen Noten und Zahlungsmitteln außerordentlich gekräftigt, andererseits gewinne das Publikum Gelegenheit, eine zu billigem Zinssatz beleihbare Devisenanleihe vorzunehmen.

Die Auflage der Goldanleihe und die Reinigungsmaßnahmen im Devisenkursunwesen sieht der deutsche Staatsbürger allgemein als Beginn des Feldzuges gegen Teuerung und Währungsverflachung an. Bis jetzt allerdings war das Ergebnis der mit vieler Reklame in Bewegung gesetzten Unternehmung lediglich eine stark springende Marknotierung, die sich vor allem im Inland fühlbar machte. Die Unsicherheit, welche den ohnehin schwankenden Boden unserer Wirtschaftsverhältnisse dauernd bedroht, vermehrt sich durch alle schwer zu beurteilende Stabilisierungsprobleme in erheblichem Maße. Ganz abgesehen davon, daß Großwirtschaftsverbände, Großhandel und Kleinhandel ihre Preisbildung dem steigenden Markkurs viel langsamer anpassen, wollen als dem fallenden mit der Begründung, daß alle deflationistischen Rückbildungen die hohen Einkaufspreise der letzten Zeit unterminieren.

Am bedauerlichsten bleibt an dem scharfmacherischen Vorgehen des Reiches und der Reichsbank, was man auch mit keiner politischen oder diplomatischen Entschuldigungsphrase wegdisputieren kann, daß die Maßnahmen zu späte erfolgten.

Man spricht, um den Zeitpunkt der Maßnahmen zu rechtfertigen, von Abwehrpolitik und Markbesserung, von Geldknappheit und Beherrschung des Marktes durch die Reichsbank u. dgl. mehr. All dem kann das eine entgegengehalten werden, daß das Mißverhältnis zwischen wirtschaftlicher Lage und tatsächlichem Geldwert unerträglich geworden war und die maßlose Aufblähung unserer inländischen Zahlungsmittel im Grad ihres Fortschrittes jede Gesundungsmaßregel erschweren mußte. Wer das nicht zugeben will, braucht auch nicht zugeben, daß der Ausgleich zwischen Inlandswert und Auslandswert der Reichsmark sich jetzt noch in der trotz des fallenden Dollars sich fortsetzenden Teuerungsbewegung auswirkt.

Solang die Reichsbank nicht die Kraft hat, die Inlandspreise herunterzusetzen, solang wirtschaftliche Maßnahmen mit polizeilichen Verfügungen bewegt werden sollen, glaubt kein Mensch an eine wirksame Bekämpfung der Teuerung und der Markentwertung, und an das Allheilmittel einer Goldanleihe, die ja auch nur einen Teil dieser Abwehrmaßnahmen darstellen soll.

Für die Front an der Ruhr

Durch die Zweigstelle der westfälischen Landwirtschaftskammer in Minden wurden dem Einbruchsgebiet seit dem 29. Januar folgende freiwillig aufgebrachte Lebensmittel zugewiesen: 9936 Zentner Mehl, 31327 Ztr. Getreide, 113574 Ztr. Kartoffeln, 450 Ztr. Haferflokken und Gerstenfabrikate, 500 Zentner Reis, 1400 Ztr. Gemüse, 694 Ztr. Hülsenfrüchte, sowie 31 Sammelladungen, enthaltend Zucker, Speck, Butter, Dauerfleisch, Fett, Hülsenfrüchte, Rübensaft, Käse usw., an lebendem Vieh 10 geschlossene Ladungen, ferner einzeln 103 Stück Rindvieh, 3 Kälber, 109 Schweine, 145 Schafe, 400 Kisten Kondensmilch, 386 Ztr. Zucker. — An der Aufbringung sind alle Landesteile, in hervorragender Weise bisher die preußischen Provinzen Pommern, Brandenburg, Sachsen, Hannover und von den Gliedstaaten Mecklenburg beteiligt. Die Zuweisung der Liebesgaben erfolgt nach der Anweisung der Hauptverteilungsstelle in Essen, welche sich auch an Ort und Stelle von der pünktlichen und zweckmäßigen Arbeit der Mindener Stelle Überzeugung verschafft, so daß die Zuführung der Spenden an die wirklichen Bedarfsstellen gewährleistet ist.

Berlin, 22. Febr. (Produktenbericht.) Bei großer Vorsicht der Käufer und Verkäufer war die Haltung am Produktenmarkte heute ausgesprochen lustlos. Bei den Agenten war das inländische Angebot von Getreide etwas reichlicher. Für Weizen verhalten sich die Mühlen mit Käufen recht zurückhaltend, weil die große Zufuhr amerikanischen Mehles, die in Hamburg in nächster Zeit eintreffen wird, sich wesentlich billiger stellt als Waren aus Inlandsweizen herzustellen sind. Die Offerten für Auslandsgetreide rentieren sich zur Zeit in den meisten Artikeln, jedoch verhindert der Kapitalmangel und die Devisenbeschaffung Abschlüsse von Bedeutung. Für die übrigen Getreidearten, sowie für Hülsenfrüchte und Futterstoffe zeigte sich nur geringe Kauflust bei zumeist wenig veränderten Preisen.

Es dämmert

Pariser Blätter untersuchen die Ursachen des Frankensturzes und kommen zu dem Schluß, daß es auch starke französische Interessen gibt, die auf ein Sinken der französischen Devise hinwirken. Zweifellos verbiete das Gesetz die Kapitalausfuhr, aber es verbiete nicht, ausländische Werte zu kaufen, die an der Pariser Börse notiert werden. Man erinnere sich nur an das schwindelerregende Ansteigen der Royal Dutch Aktien im Jahre 1920, als diese von 14000 auf 72000 Franken stiegen. Bevor sie auf 17000 zurücksanken sind mehrere französische Milliarden auf diese Weise nach der anderen Kanalseite entwischt, und zwar mit Zustimmung der Behörden und Bankiers, die in der Wechselkurskommission sitzen. Man brachte dabei das Pfund Sterling auf 64 Franken. Heute beginne man von neuem, nur daß diesmal die Ausländer mit den Franzosen zusammen auf die Baisse hinarbeiten, so daß das Pfund bei 78 Franken angelangt ist. Und die Regierung? Sie werde sich wohl hüten, dieses Treiben zu verhindern, denn ihre Toleranz verschaffe ihr die wärmsten Anhänger. Alle diejenigen, die ihr Kapital in London in Sicherheit gebracht hätten, könnten jetzt um so bequemer schreien: Behalten wir das Ruhrgebiet! Weisen wir die Beamten aus! Blokkieren wir Deutschland! Enteignen wir den Privatbesitz!

Noch ist Polen nicht verloren

Erhöhung des polnischen Banknotenumlaufs.

Warschau. Der Finanzminister fordert vom Sejm eine Erhöhung der staatlichen Banknotenausgabe um 20 Milliarden Mark.

Wirtschaftsrundschau

Freibleibend und unverbindlich

Früher wäre das Ansinnen, einem Geschäftsabschluß obige Formel zugrunde zu legen, als unreell zurückgewiesen worden. Ihr Vorkommen beschränkte sich auf verschwindende Ausnahmefälle, bei welchen sie tatsächlich als eine Sicherung des Lieferanten berechtigt erschien.

Heute ist das anders, die Festpreise sind zu verschwindenden Ausnahmen geworden, nicht nur im Großhandel, sondern auch im Ladengeschäft kann es vorkommen, daß eine vormittags besichtigte Ware, wenn sie nachmittags gekauft werden soll, wesentlich mehr als ein paar Stunden früher kostet. Schuld daran ist eine inzwischen eingetroffene höhere Einkaufspreismeldung.

Ist nun diese Taktik berechtigt? Ja und nein. Ja deshalb, weil der Kaufmann im Klein- und Großhandel seine Existenz nur deshalb weiterbehaupten kann, wenn er sich die Erlangung des jeweiligen Wiederbeschaffungspreises sichert; diese Sicherung läuft naturnotwendigerweise vom Fabrikanten bis zum Kleinhändler durch. — Nein deshalb, weil die letzten Käufer, die Verbraucher, nicht nur geschädigt, sondern bei Fortsetzung dieser Methode wirtschaftlich erdrosselt werden. Preisänderungen dem Kaufmann nun kurzerhand zu verbieten, bedeutet zufolge vorhergesagtem, daß er der Erdrosselung nur vorangehen, also weder ihm, noch in der Verbotsauswirkung dem Verbraucher etwas gedient sein würde.

Starre Verbote dieser Art können also praktisch keine Vorteile bringen; denn die Fabrikanten, auf die als den Ausgangspunkt der Ware schließlich der heftigste Vorwurf zurückfällt, können natürlich die Notwendigkeit einer Sicherung des Wiederbeschaffungspreises ebenso zu Felde führen.

Wenn die Textilhändler auch ziemlich strikte ihren Entschluß durchführen und nur „Lagerware zu Festpreisen" kaufen, und dieser Modus gewiß auch von anderen Fachvereinigungen nachahmenswert ist, so ist damit immer noch nicht die Notwendigkeit, Preiserhöhungen alter Bestände beim erforderlichen Neueinkauf zu höheren Preisen, vorzunehmen, von der Hand zu weisen. Nur der Geschäftsmann hat dadurch einen gewissen Schutz, nicht aber der Verbraucher.

Des Leidens Wurzel ist hier eben wie in allen wucherartigen Erscheinungen der Neuzeit vor allem im Börsenspekulantentum zu suchen; denn die Börse diktiert noch nicht unter vorgetäuschter Begründung politischer Ereignisse den Stand der verschiedenen Währungen, sondern die Rohmaterial- und Warenpreise. Daß dies ziemlich unabhängig voneinander geschieht, geht daraus hervor, daß mit einem Fallen des Dollars, wie die Erfahrung lehrt, noch lange kein Fallen der Warenpreise erfolgt, oder wenigstens nicht im gleichen Verhältnis; ja sogar das Gegenteil ist der Fall, die Aufwärtsbewegung derselben schreitet fort.

Es ist das alte Lied der internationalen Börsenschwindelei, verbunden mit dem Kettenhandel, deren Auswirkungen eben diese heutigen Verkaufsbräuche „freibleibend und unverbindlich" sind und die ihr von der Judenbörse gewolltes zermürbendes Werk am Volksganzen verrichten.

Nur der rücksichtslose gemeinsame Kampf gegen das brutal rücksichtslose gemeinsame Börsen-Schiebertum, wie es sich die nationalsozialistische Bewegung zum unverrückbaren Ziel gesetzt hat, kann zur Gesundung führen, deshalb deutsche Geschäftsleute und deutsche Gewerbetreibende, die ihr eure Existenzen gefährdet, ja zum Teil schon verloren seht, stärkt unsere Reihen zur erfolgreichen Durchführung des unerläßlichen Kampfes gegen dieses Blutsaugertum! Es geht ums ganze! Um Sein oder Nichtsein!

Deutschmichl.

Milchverbilligung

Der „Deggendorfer Donaub." bringt in Nr. 36 einen Bericht über die Milchpreisverbilligungsaktion der Landwirte Deggendorfs und Umgebung, deren Ergebnis die Abgabe von 1 (einem) Liter Milch pro Kuh und Monat oder einer Summe von 250 Mark (Preis von vier Semmeln) war. Doch nicht genug der christlichen Selbstlosigkeit. Eine Bekanntmachung des Vereins der Landwirte von Deggendorf und Umgebung brachte zwei Tage später folgende interessante Meldung: „Milchpreis ab 15. Februar: 1 Liter Vollmilch 250 M., 1 Liter Schüsselmilch 150 Mark.

Der Preis von 250 M. hat nur Gültigkeit für die Landwirte, die sich zur Milchverbilligungsaktion verpflichten. Alle anderen haben keine Berechtigung, mehr als 220 M. für den Liter Vollmilch zu verlangen. Im Interesse der Verbraucher selbst ist es gelegen, die Überschreitung dieses Preises unverzüglich der sozialen Fürsorgestelle zu melden."

An dieser Preiserhöhung wäre an und für sich nichts besonderes, wenn nicht gleichzeitig erklärt würde, die an der Verbilligungsunternehmung nicht beteiligten Landwirte müßten für den Liter Vollmilch 30 M. weniger verlangen. Somit erscheinen die an der Verbilligungsaktion nicht Teilnehmenden als die eigentlichen Unternehmer derselben, was zu beweisen war.

Daß die dortigen staatlichen und städtischen Behörden diesen Deggendorfer Dunkelmännern vom Verein der Landwirte noch den obrigkeitlichen Segen geben, rückt die Sache erst in eine sympathische Beleuchtung.

Warenmarkt

München, 21. Febr. (Münchener Produktenbörse vom 21. Febr.) Abwartende Haltung. — Nahezu geschäftslos. Ab bayer. Stationen wurden nachstehende Großhandels-Marktpreise je nach Qualität und Frachtlage der Abgangsstation waggonweise festgestellt. Roggen: nom. 45000 bis 48000 M.; Weizen: 56000—58000 M.; Gerste: 43000—44000 M.; Hafer: 29000—34000 M.; Rauhfutter: Heu, gut, gesund, trocken 24000—25000 Mark; Heu, gesund, trocken 22000 bis 24000 M.; Stroh gebündelt 20000 bis 20500 M.; Kleie ohne Sack: 24000 M. pro Zentner.

Die Erzeugerpreise müssen gegenüber obigen Preisen niedriger sein, da bei letzteren enthalten sind: Die Vergütung an den Aufkäufer, die Umsatzsteuer, Bankprovision und Zinsen, Lagerhausspesen, teilweiser Fuhrlohn, Zwischenfrachten, Gewichtsverluste, Spesen, Frachten und Abnützung des Sackmaterials, Nutzen und Risikoprämie des Provinzhändlers bzw. Filiallagerhäuser der Genossenschaften.

München, 22. Febr. Der heutige Fleischgroßmarkt hatte einen Vorrat von 801 Frischfleisch-Rindervierteln. Als Auswirkung des letzten Lebendviehmarktes am Mittwoch machte sich sofort ein entsprechender Preisrückgang bemerkbar, besonders in minderen Qualitäten, aber auch die gute Ware zeigte einen wenn auch nur unbedeutenden Abschlag. Diejenigen Händler, die noch Restbestand vom letzten Montagsmarkt hatten, mußten diesen mit Verlusten abgeben. Die Preise nach Länghälften bewegten sich zwischen 1450 und 3800 Mark das Pfund, der Verkehr war anfangs zurückhaltend, doch wurde schließlich bis auf einen kleinen Rest geräumt.

Berlin, 22. Febr. (Amtliche Produktenbörse.) Weizen, märkischer, 57000—56000 M. — Roggen, märkischer, 48000—46000 M. — Gerste, Sommergerste, märkische, 46000—44000 M. — Hafer, märkischer, 43000—42000 M. — Mais, la Plata, ohne Provenienzangabe loco Berlin, 53500, waggonfrei ab Hamburg 51000 M. — Weizenmehl 145000—155000 M. — Roggenmehl 135000—145000 M. — Weizenkleie 30000—32000 M. — Roggenkleie 31000—35000 M. — Raps 95000—100000. — Leinsaat 100000 M. — Viktoriaerbsen 80000—90000 M. — Kleine Speiseerbsen 60000—70000 M. — Peluschken 90000—100000 M. — Ackerbohnen 55000—65000 M. — Wicken 80000—100000 M. — Serabella 120000—150000 M. — Rapskuchen 37000—39000 M. — Leinkuchen 60000—65000 M. — Trockenschnitzel 20000—21000 Mark. — Zuckerschnitzel 29000 bis 30000 M. — Torfmelasse 9500 bis 10000 M.

Berliner Metallkurse vom 22. Februar 1923.

Raffinadekupfer	7000— 7300
Originalhüttenweichblei	2900— 3100
Hüttenrohzink im freien Verkehr	3800— 4000
Originalhüttenrohzink	3101,48
Plattenzink	3000— 3200
Originalhüttenaluminium	9484
Hüttenaluminium in Walzen	9500
Bankazinn	21000—21400
Straitszinn	21000—21400
Australzinn	21000—21400
Hüttenzinn	20500—20700
Reinnickel	13000—13500
Antimon	2500— 2600
Silber	460—465
Elektrolytkupfer	8224

Kurse

Berlin, 22. Febr. (Devisenbericht.) Bei der unsicheren ungeklärten Lage hielt sich das Geschäft am Devisenmarkt bei wenig veränderten Kursen in engen Grenzen, und auch für Effekten waren zumeist unveränderte, teilweise etwas niedrigere Kurse zu hören.

Berlin, den 22. Februar 1923. Devisen-Kurse.

	22. 2. Geld	22. 2. Brief	21. 2. vor. Geld
Amstd.-Rtd. 1 Fl.	8977,50	9022,50	9077,25
Buen.-Air. 1 Pes.	[illegible]	8501,[illegible]	8478,75
Brüss.-Ant. 1 Fr.	1211,[illegible]	1217,04	1226,[illegible]
Christiania 1 Kr.	4190,47	4211,53	4214,43
Kopenhag. 1 Kr.	4379,[illegible]	4401,[illegible]	4418,[illegible]
Stockholm 1 Kr.	5999,96	6030,04	6050,81
Helsingf. 1 finn. M.	610,95	614,05	613,46
Italien 1 Lira	1102,[illegible]	1107,77	1107,[illegible]
Lond. 1 Pfd. St.	106732,50	107267,50	107730,—
New York 1 Dollar	22893,12	23006,88	22942,[illegible]
Paris 1 Frcs.	1396,50	1403,50	1408,47
Schweiz 1 Frcs.	4289,[illegible]	4310,75	4329,15
Spanien 1 Pes.	[illegible]	[illegible]	3618,[illegible]
Japan 1 Yen	10872,75	10927,25	10974,75
Rio 1 Milreis	2568,56	2581,44	2598,50
Wien 100 Kr.	31,96	32,14	32,41
Prag 1 Kr.	674,31	677,69	683,[illegible]
Budapest 1 Kr.	7,23	7,27	7,08
Sofia 1 Lewa	131,16	131,84	131,67
Agram 1 Dinar	221,44	222,56	219,45

Berlin, den 22. Februar 1923. Auszahlungen.

	22. 2. Geld	22. 2. Brief	21. 2. vor. Geld
Amerik. Noten	23191,85	23308,15	23010,[illegible]
Belgische "	1208,93	1215,03	1226,[illegible]
Englische "	106732,50	107267,50	[illegible],75
Französische "	1396,50	1403,50	1406,45
Italienische "	1097,25	1102,75	1117,[illegible]
Rumänische "	114,70	115,[illegible]	112,70
Schweizer "	4314,18	[illegible]	4390,—
Türkische "	—	—	—
Tschechische "	670,30	673,70	672,30
Österr. alte "	—	—	—
" abgest. "	31,—	31,20	30,80
" neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	47,88	—	50,—
Ungarische "	5,49	5,5[illegible]	6,25
Holländische "	8927,60	8972,40	9236,85

Reichsbankausweis

Berlin, 21. Febr. Die außergewöhnlichen Verhältnisse, in die das deutsche Wirtschaftsleben durch die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebiets geraten ist, führten auch in der zweiten Februarwoche wieder zu einer neuen ungemeinen Steigerung der Inanspruchnahme des Zentralnoteninstituts. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. d. M. ist die gesamte Kapitalanlage in der Berichtswoche von 2948,1 Milliarden Mark auf 3688,1 Milliarden Mark, d. h. um 740 Milliarden Mark gestiegen, und zwar betrugen die Zugänge bei den Handelswechseln 444 Milliarden M., bei den Reichsschatzanweisungen 376,7 Milliarden M., während die Lombardforderungen einen Rückgang um 80,8 Milliarden Mark zeigen. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Anlage erfuhren die fremden Gelder eine Zunahme um 281,3 Milliarden M. auf 1165,2 Milliarden M.

Der Banknotenumlauf ist in der Zeit vom 8. bis zum 15. d. M. weiter um den riesenhaften Betrag von 450,8 Milliarden M. auf 2703,8 Milliarden M. angeschwollen. Die gegen Ende Januar vorübergehend aufgetretenen Schwierigkeiten in der Befriedigung des Verkehrsbedarfs an Zahlungsmitteln sind inzwischen behoben worden. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen ging geringfügig, nämlich um 215,3 Millionen Mark auf 13 Milliarden M. zurück.

Die Darlehnskassen dehnten in der Berichtswoche ihren Darlehnsbestand um 214,2 Milliarden M. auf 606,8 Milliarden M. aus und führten einen diesen Neuausleihungen entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen an die Reichsbank ab. Die Bestände der Bank an solchen Scheinen haben sich demgemäß unter Berücksichtigung der erwähnten aus dem Verkehr zurückgeflossenen Summe um 214,5 Milliarden Mark auf 593,6 Milliarden M. verstärkt.

Wochen-Übersicht der Reichsbank vom 15. Februar 1923.

Aktiva.		Diese Woche	Vorige Woche
Metallbestand (der Bestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das kg fein zu 2.784 M. berechn.)	M.	1071235000	Abn. 19000
do. darunter Gold*)	"	1004[illegible]000	unverändert
Bestand an Reichs- und Darlehenskassenscheinen	"	593[illegible]784000	Zun. 214[illegible]972000
" an Noten anderer Banken	"	3[illegible]094000	Zun. 12077000
" an Wechseln und Schecks	"	1343142785000	Zun. 444009728000
" an disk. Reichsschatzanweisungen	"	2301048325000	Zun. 376651318000
" an Lombardforderungen	"	41431359000	Abn. 80708760000
" an Effekten	"	414[illegible]000	Zun. 77509000
" an sonstigen Aktiven	"	229896755000	Zun. 90925069000
Passiva.			
Grundkapital	M.	180000000	unverändert
Reservefonds	"	127284000	
Betrag der umlaufenden Noten	"	2703[illegible]687000	Zun. 450881[illegible]000
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	"		
a) Reichs- und Staatsguthaben	"	270[illegible]283000	Zun. 184[illegible]973000
b) Privatguthaben	"	894741493000	Zun. 96[illegible]803000
Sonstige Passiva	"	643[illegible]569000	Zun. 313278492000
Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Februar abgerechnet M.			
*) und zwar Goldkassenbestände	"	954790000	unverändert
Bank von England	"	50032000	unverändert

Verantwortlich: für Politik: Dietrich Eckart; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Joseph Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: A. J. Weiß; für Bewegung: H. Esser; für den Anzeigenteil: Joseph Huber. — Verlag: Franz Eher's Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Münchener Theater-Spielplan

Prinz Regenten-Theater.
Freitag, 23. Febr., abends 7 Uhr: Maria Magdalene.
Samstag, 24. Febr., abends 6½ Uhr: Maria Stuart.

National-Theater.
Freitag, 23. Febr., abds. 7½ Uhr: Salome.
Samstag, 24. Febr., abends 7 Uhr: Jsebill (neu einstudiert).

Residenz-Theater.
Freitag, 23. Febr., abds. 7½ Uhr: Der Impresario von Smyrna.
Samstag, 24. Febr., abends 7½ Uhr: Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung.

Theater am Gärtnerplatz.
Freitag, 23. Febr., abds. 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda.
Samstag, 24. Febr., abends 7½ Uhr: Faschingshochzeit (Erst-Auff.).

Münchner Schauspielhaus.
Freitag, 23. Febr., abends ½8 Uhr: Candida.
Samstag, 24. Febr., abends ½8 Uhr: Zum ersten Male: Wilhelm Tell.

Münchener Kammerspiele.
Freitag, 23. Febr., abds. 7½ Uhr: Nju.
Nachts 10 Uhr: Tageszeiten der Liebe.
Samstag, 24. Febr., abends 7½ Uhr: Die Freier.
Nachts 10 Uhr: Theater in der Vorstadt.

Operettenbühne (Lustspielhaus).
Freitag, 23. Febr., abends 7½ Uhr: Die kleine Sünderin.
Samstag, 24. Febr., abends 7½ Uhr: Die kleine Sünderin.

Münchener Volkstheater.
Freitag, 23. Febr., abends ½8 Uhr: Der heilige Ambrosius.
Samstag, 24. Febr., abends ½8 Uhr: Der heilige Ambrosius.
Nachts 10 Uhr: Ein freudiges Familienereignis „Baby" (Erst-Auff.).

Münchner Theater (Blumensäle).
Freitag, 23. Febr., abends 7½ Uhr: Mutterschaft.
Samstag, 24. Febr., abends 7½ Uhr: Mutterschaft.